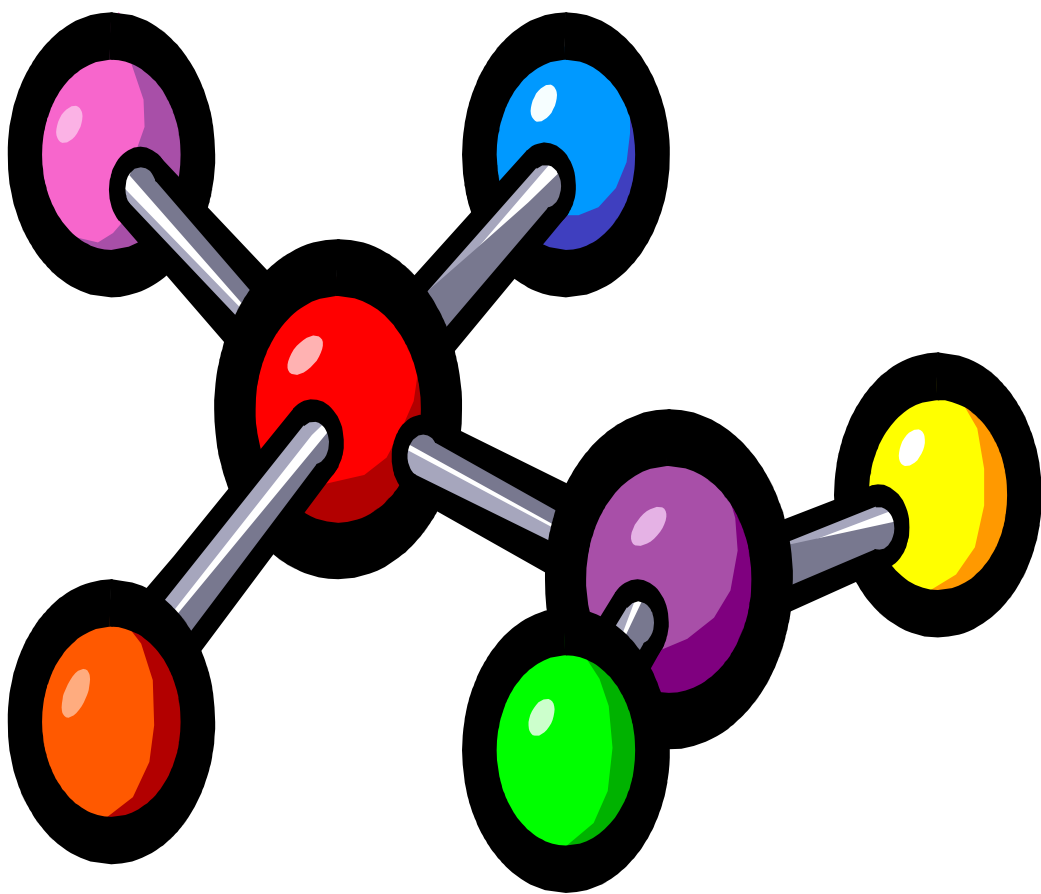


Beteiligungsbericht 2014

Rheinisch-Bergischer



Kreis



Herausgeber: **Rheinisch-Bergischer Kreis**
Der Landrat
Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Bearbeitung: **Dezernat I**
Amt 20/Beteiligungsmanagement

Telefon: **02202/13 2417**

02202/13 2418

Fax: **02202/13 2121**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises	8
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	15
- Das Bergische gGmbH	21
- Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G.	26
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	30
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	37
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	42
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	51
- Naturarena Bergisches Land GmbH	59
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	64
- Radio Berg GmbH & Co. KG	69
- Regionalverkehr Köln GmbH	74
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	83
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	90
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	95
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	101
- RWE AG	106
- RW Holding AG	113
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	118
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	123
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	129
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	133
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	137
- Landrat-Lucas-Stiftung	143
Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen	146

Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der durch den Rheinisch-Bergischen Kreis vorgelegte Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, berücksichtigt, soweit möglich, aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2014.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2014 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

Kennzahlen im Überblick**Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)**

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

Kennzahlen zur Finanzlage

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

Kennzahlen zur Ertragslage

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden**

	<u>km²</u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km²</u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	106.184	1.277
Stadt Burscheid	27,38	18.212	665
Gemeinde Kürten	67,49	19.436	287
Stadt Leichlingen	37,33	27.626	740
Gemeinde Odenthal	39,97	15.660	391
Stadt Overath	68,83	26.774	388
Stadt Rösrath	38,82	27.576	710
Stadt Wermelskirchen	74,66	34.803	466
<hr/>			
(Stand: 31.12.2013)	437,60	276.271	631

<u>Straßen:</u>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
<u>Gewässer:</u>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
<u>Talsperren:</u>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m ³
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m ³

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

Rechtsformen

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

Organe

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die

Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

Finanzen

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

Einflussnahme

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

Beteiligungsmanagement

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises

Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Aktien-Gesellschaft	Kommandit-gesellschaft	Genossenschaft	Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmerervermögen) 70.860 Stück Stammaktien		Energie-Genossenschaft Bergisches Land e.G. 1 Geschäftsanteil zu 500 €	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

Bergischer Abfallwirtschaftsverband

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Bergischer Abfallwirtschaftsverband
Braunswerth 1-3
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: www.bavweb.de
E-Mail: mail@bavmail.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis
 Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Dr. Hermann-Josef Tebroke,
 Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzte sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt zusammen:

Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Dr. Christian Dickschen, Gummersbach	
Norbert Heß, Engelskirchen	(bis 21.11.2014)
Jürgen Dreiner-Wirz, Lindlar	(bis 21.11.2014)
Jürgen Marquardt, Gummersbach	
Reinhold Müller, Engelskirchen	(stellvertretender Vorsitzender)
Ralf Oettershagen, Reichshof	(ab 21.11.2014)
Axel Osterberg, Reichshof	(ab 21.11.2014)

Gerd Werner, Lindlar	
Helmut Schäfer, Engelskirchen	
Henrike Schreyer-Vogt, Engelskirchen	(ab 21.11.2014)
Doris Schuchardt-Kaganietz, Engelskirchen	(bis 21.11.2014)
Günter Stricker, Morsbach	

Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Horst Adler, Bergisch Gladbach	(bis 21.11.2014)
Rainer Bleek, Wermelskirchen	
Martin Bosbach, Wermelskirchen	(ab 21.11.2014)
Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach	
Dietmar Kieweg, Bergisch Gladbach	(ab 21.11.2014)
Helga Loepp, Wermelskirchen	(bis 21.11.2014, Vorsitzende)
Udo Klemt, Bergisch Gladbach	(bis 21.11.2014)
Dr. Peter Ludemann, Bergisch Gladbach	(bis 21.11.2014)
Henning Rehse, Wermelskirchen	(ab 21.11.2014)
Roland Rickes, Bergisch Gladbach	(ab 21.11.2014)
Harald Wolfert, Burscheid	(bis 21.11.2014)
Klaus-Dieter Ziepke, Leichlingen	(bis 21.11.2014)
Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach	
Robert Winkels, Bergisch Gladbach	(ab 21.11.2014)
Eduard Wolf, Overath	(ab 21.11.2014, Vorsitzender)

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 1.440 T€ aus, der Bilanzgewinn beläuft sich auf 1,824 Mio. €.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2014 um 3,11 % auf 32.417 T€.

Diese Erhöhung erklärt sich durch die in der 150. Verbandsversammlung am 22.11.2013 beschlossene Erhöhung der Leistungsgebühr und maßgeblich durch die deutliche Mengenerhöhung im Bereich Bio- und Grünabfällen.

Im Rahmen der Kalkulation der Gebührenbedarfsberechnungen 2014 konnten aus der Überdeckung der Vorjahre 2.632 T€ entnommen werden. Hierdurch wurde der errechnete Gebührenbedarf verringert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 7.465 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (2.812 T€) und die Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2013 (1.803 T€). Aus der Sammlung und Vermarktung von Altkleidern konnten 563 T€ erzielt werden.

Des Weiteren wurden Erträge in Höhe von 843 T€ für Zuschüsse aus dem Projekt :metabolon und 88 T€ für das Projekt „Haus der kleinen Forscher“ ausgewiesen. Korrespondierende Aufwandspositionen in gleicher Höhe wurden unter der Abschreibung, dem Personalaufwand und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen dargestellt.

Für 2014 ergab sich eine Überdeckung gemäß § 6 KAG in Höhe von 660 T€, die spätestens in der Gebührenkalkulation für das Jahr 2018 gebührenmindernd verrechnet werden muss.

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Geschäftsjahr 2014 um 865 T€. Ursache hierfür waren die Errichtung von Bauwerken und technischen Anlagen im Rahmen von :metabolon, die Errichtung eines Werkstoffhofs in Hückeswagen und die Anschaffung von Abfallgefäßen im Zusammenhang mit der Einführung der Biotonne in Burscheid, Kürten und Reichshof.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	183	244	347
II. Sachanlagen	24.912	23.987	23.064
III. Finanzanlagen	68.859	73.667	77.705
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	72	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.708	10.165	9.673
III. Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	15.144	13.098	10.085
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	118.878	121.161	120.874

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	7.439	7.126	6.562
IV. Bilanzgewinn	1.824	2.623	1.710
B. Sonderposten für Zuwendungen	7.902	8.699	7.938
C. Rückstellungen	85.320	91.596	93.593
D. Verbindlichkeiten	7.393	2.117	2.070
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	118.878	121.161	120.874

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	45.639	41.939	41.827
andere aktivierte Eigenleistungen	109	159	4
sonstige betriebliche Erträge	7.465	6.598	9.268
Materialaufwand	44.516	41.323	40.089
Personalaufwand	2.826	2.696	2.366
Abschreibungen	1.495	1.131	1.073
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.831	2.342	5.497
Erträge aus Beteiligungen	1.900	1.900	1.675
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	972	1.765	2.125
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	589	185	418
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.535	2.424	4.542
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.471	2.630	1.750
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25	0	36
Sonstige Steuern	6	7	3
Jahresüberschuss	1.440	2.623	1.711
Zugang aus zweckgebundener Rücklage	383	0	0
Bilanzgewinn	1.823	2.623	1.711

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	15,36	15,47	14,29
Umsatzrentabilität:	%	4,0	6,25	4,09
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	2.323	2.317	1.177
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.554	1.927	1.147

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2014	2013	2012
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	44,8	43	39,4

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 2.316.927,66 € an Löhne und Gehälter sowie 509.294,71 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine

Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2014 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe von jeweils 776.790,44 € (die ausschließlich aus der gewerblichen Tätigkeit des BAV resultieren) an die Mitglieder vorgenommen.

8. Bewertung

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung. Dabei entwickelt der Verband bereits seit Jahren Strategien und Umsetzungsrahmen für eine umfassende Ressourcenwirtschaft.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2015 wird unter Annahme gleicher Bedingungen wie im Geschäftsjahr 2014, mit einer im Ergebnis gleichen Geschäftsentwicklung gerechnet.

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
Blücherplatz 43
52068 Aachen

Telefon: 0241 / 5102-100
Telefax: 0241 / 505296

E-Mail: poststelle@cvua-rheinland.de
Internet: www.cvua-rheinland.de

2. Öffentlicher Zweck

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln. Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833
Stadt Köln	17.500	5,833
Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,833

4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Verwaltungsrat im Geschäftsjahr 2014 durch Herrn Dezernent Ferdinand Schönenborn vertreten. Sein Stellvertreter war Herr Dr. Thomas Mönig, Leiter des Amtes für Veterinär- und Lebensmittelüberwachung.

4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzte sich im Jahr 2014 wie folgt zusammen:

Herr Dr. Gerhard Löhr
Frau Dagmar Pauly-Mundegar

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 1.106 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen betragen gemäß per Umlaufbeschluss vom 19.12.2013 festgesetzter Entgeltordnung 9.465 T€. Daneben wurden Gebühren für Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen in Höhe von 11 T€ erhoben.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.937 T€ den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 65 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe von 1.150 T€ berücksichtigt.

Große Aufwandspositionen blieben die Mieten mit 505 T€ und die Betriebskosten mit 330 T€. Das CVUA Rheinland hatte weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 150 T€, der Personalverwaltung in Höhe von 36 T€, für Reparaturen und Instandhaltungen 92 T€, für Versicherungen in Höhe von 16 T€ und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto und Bürobedarf in Höhe von 17 T€.

Die Abschreibungen betrugen im Berichtsjahr 355 T€.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden 416 T€ in neue Laborgeräte und 1.474 T€ in den Neubau an Baukosten, einschließlich Nebenkosten investiert.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	15	23
II. Sachanlagen	3.692	2.061	1.003
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	42	53	47
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.356	5.732	5.662
III. Wertpapiere	0	300	300
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	5.212	4.788	4.356
C. Rechnungsabgrenzungsposten	64	52	120
Bilanzsumme	15.376	13.001	11.511

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	300	300	300
II. Gewinnrücklage	3.315	1.864	607
III. Bilanzgewinn	1.106	1.451	1.258
B. Rückstellungen	10.180	8.981	8.505
C. Verbindlichkeiten	351	292	627
D. Rechnungsabgrenzungsposten	124	113	214
Bilanzsumme	15.376	13.001	11.511

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	9.477	9.442	9.428
sonstige betriebliche Erträge	63	90	143
Materialaufwand	1.463	1.459	1.431
Personalaufwand	5.937	5.168	5.021
Abschreibungen	355	232	263
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.308	1.427	1.401
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	630	205	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	175
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.107	1.451	1.300
Sonstige Steuern	1	0	0
Jahresüberschuss	1.106	1.451	1.300
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.450	1.258	385
Einstellungen in Gewinnrücklagen	1.450	1.258	427
Bilanzgewinn	1.106	1.451	1.258

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	30,7	27,8	18,8
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	2.098	1.698	2.589
EBIT:	T€	476	1.246	1.455
Anlagenintensität:	%	24,1	16,0	8,9

6. Beschäftigte

Personal	2014	2013	2012
Tariflich Beschäftigte	82	81	79
Beamte	13	13	13
Auszubildende	2	3	3

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf insgesamt 5.937.200,04 €. Davon entfielen 3.855.527,33 € auf Löhne und Gehälter sowie 2.081.672,71 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2013 auf insgesamt 464.286,48 €

8. Bewertung

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

Für das Geschäftsjahr 2015 geht das CVUA Rheinland wieder von einem positiven Geschäftsverlauf aus. Der Wirtschaftsplan 2015 weist einen Gewinn in Höhe von 307 T€ aus. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf 11.375 T€.

Das Bergische gGmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.bergisches-wanderland.de
E-Mail: info@bergisches-wanderland.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
Rheinisch-Bergischer Kreis	11.250,00	45
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Reudenbach, Elvira

Schäfer Lenore

Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Müller, Vera

Bender, Christine

Wilhelm, Gabi

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2014 bei einer Gesamtleistung von 489,5 T€ und Betriebsaufwendungen von 433,7 T€ ein Betriebsergebnis von 55,8 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -7,9 T€ und des neutralen Ergebnisses von 2,3 T€ betrug der Jahresüberschuss 50,2 T€. Der erzielte Jahresüberschuss begründete sich in der Vereinnahmung von Fördermitteln für bereits im Vorjahr getätigte Ausgaben.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 betrug der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 38,6 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit (-32,9 T€) und des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit (- 1,0 T€) ergab sich in 2014 eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes um 4,7 T€.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft betrug 95,4 %. Das Anlagevermögen war zu 116,7 % durch Eigenkapital gedeckt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	127	149	153
II. Sachanlagen	166	171	170
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
II. stände	59	0	31
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	6	1	2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	16	4
Bilanzsumme	359	337	360

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	190	190	190
III. Jahresüberschuss	0	77	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	128	0	0
B. Rückstellungen	6	12	118
C. Verbindlichkeiten	10	32	27
Bilanzsumme	359	337	360

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	4	2	0
sonstige betriebliche Erträge	485	583	407
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	135	158	185
Abschreibungen	60	55	42
sonstige betriebliche Aufwendungen	238	293	395
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	6	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50	77	- 215
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	50	77	- 215
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	215
Vortrag auf neue Rechnung		- 77	0
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	77	0	0
Bilanzgewinn	128	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	95	87	59,7
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	38,6	57,9	- 77,3
EBIT:	T€	58	83	- 215

6. Beschäftigte

Personal	2014	2013	2012
Angestellte	3	5	4

Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 3 Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf insgesamt 135.203,08 €. Davon entfielen 118.320,60 € auf Löhne und Gehälter sowie 16.882,48 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgte in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Für das Geschäftsjahr 2014 hat der Zukunftsausschuss des Rheinisch-Bergischen Kreises die touristische Weiterentwicklung im Rheinisch-Bergischen Kreis beschlossen. Demnach hat die Gesellschaft in 2014 einen Betrag in Höhe von 12.000

€ zur Unterhaltung der Infrastruktur im Rahmen des Wanderprojektes zur Verfügung gestellt bekommen.

8. Bewertung

Das Geschäftsjahr 2014 war durch die erneute zweimalige Verlängerung des Förderprojekts „Bergisches Wanderland“ geprägt und daher planerisch durchaus schwierig.

Verträge von Mitarbeitern liefen fristgemäß aus und zusätzliche und noch nicht vollständig erledigte Aufgaben mussten bewältigt werden. Nachdem zwar im Jahr 2013 alle Wege eröffnet wurden, erfolgten in 2014 noch weitere Ausbaumaßnahmen an Streifzügen und Fernwegen, die erfolgreiche Zertifizierung des „Bergischen Wegs“, die weitere Intensivierung der Vermarktung und die Etablierung des dauerhaften Wegemanagements.

Durch die erneute Projektverlängerung wurde der Durchführungszeitraum bis zum 30.09.2014 und der Bewilligungszeitraum bis zum 30.04.2015 verlängert.

Das Personal der Gesellschaft wurde kontinuierlich abgebaut, sodass seit Ende September 2014 nur noch der Geschäftsführer als einziger Mitarbeiter verbleibt. Das Wegemanagement wird gegen Rechnung seit Oktober 2014 von einem Mitarbeiter der Naturarena GmbH übernommen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden an den Fernwegen Etappensteine aus Grauwacke aufgestellt, Ortsinfotafeln an den Zuwegen und Wanderplätzen errichtet und Audiostationen an mehreren Streifzügen eingebaut.

Desweiteren wurden ebenfalls die Bereiche Marketing und Kommunikation vorangetrieben und weitere Gastgeber, Gastronomie und Beherbergungsbetriebe akquiriert, so dass sich bis zum Jahresende 118 Betriebe der Kooperation „Gastgeber Bergisches Wanderland“ anschlossen.

In 2014 wurde auch das Qualitätsmanagement für die neuen Wege voll installiert um u.a. die Zertifikate der beiden neuen Fernwanderwege „Bergischer Panoramasteig“ und „Bergischer Weg“ zu halten.

Energie-Genossenschaft Bergisches Land

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Energie-Genossenschaft
Bergisches Land e.G.
Jan-Wellem-Straße 32
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 4728-466

Internet: www.egbl.de

2. Öffentlicher Zweck

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb. Die Genossenschaft darf auch mit Nichtmitgliedern Geschäfte betreiben.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- b) der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom, Gas und/oder Wärme,
- c) die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung, einschließlich der Information von Mitgliedern und Dritten, sowie der Öffentlichkeitsarbeit,
- d) gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen.

Die Genossenschaft hat ihren Sitz in Lindlar und ist eingetragen im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Registernummer GnR 829.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Der Geschäftsanteil beträgt 500,00 €. Er ist sofort nach Eintragung in die Mitgliederliste voll einzuzahlen. Die Einzahlungen bilden das Geschäftsguthaben.

Das Mindestkapital der Genossenschaft, dass durch Rückzahlungen eines Auseinandersetzungsguthabens an ausgeschiedene Mitglieder oder durch Kündigung einzelner Anteile nicht unterschritten werden darf beträgt 1.500,00 €.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat mit Beitrittserklärung vom 27.08.2014 unter der Mitgliedsnummer 269 einen Geschäftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben.

4. Organe der Genossenschaft

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) Vorstand
- b) Aufsichtsrat
- c) Generalversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung und vertritt sie

gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Er wird vom Aufsichtsrat für maximal 5 Jahre bestellt und abberufen. Wiederwahl ist zulässig. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden bestimmen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Guido Wendeler

Thomas Willmer

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die von der Generalversammlung gewählt werden.

Das Amt eines Aufsichtsratsmitglieds beginnt mit dem Schluss der Generalversammlung, die die Wahl vorgenommen hat, und endet mit dem Schluss des darauf folgenden dritten Geschäftsjahres. Wiederwahl ist zulässig.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden sowie einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse mit Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt; bei Wahlen entscheidet in diesem Fall das Los.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der Genossenschaft nicht vertreten.

4.3 Generalversammlung

Jedes Mitglied in der Generalversammlung hat eine Stimme.

Die ordentliche Generalversammlung hat innerhalb der ersten 6 Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres stattzufinden. Außerordentliche Generalversammlungen können nach Bedarf einberufen werden. Die Generalversammlung findet am Sitz der Genossenschaft statt, sofern nicht Vorstand und Aufsichtsrat einen anderen Tagungsort festlegen.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter (Versammlungsleiter). Durch Beschluss der Generalversammlung kann der Vorsitz einem anderen Mitglied der Genossenschaft, einem bevollmächtigten Vertreter eines Mitgliedsunternehmens oder einem Vertreter des gesetzlichen Prüfungsverbandes übertragen werden.

Beschlüsse der Generalversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung eine größere Mehrheit vorschreibt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Generalversammlung durch Herrn Gerhard Wölwer vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	870	919	656
B. Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige			
I. Vermögensgegenstände	26	8	7
II. Kassenbestand, Bankguthaben	157	130	155
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	1.054	1.058	819

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	602	587	462
II. Gewinnrücklagen	10	9	8
III. Jahresüberschuss	27	14	9
B. Rückstellungen	27	15	13
C. Verbindlichkeiten	388	433	327
Bilanzsumme	1.054	1.058	819

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	127	93	76
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	3	3	2
Abschreibungen	49	43	31
sonstige betriebliche Aufwendungen	21	13	16
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	14	15	14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	40	20	13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	6	4
Jahresüberschuss	27	14	9

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	60,60	57,66	58,50
Anzahl der Mitglieder, Stand 31.12.14:	Anzahl	271	266	235
Geschäftsguthaben, Stand 31.12.14:	T€	602	587	462

6. Beschäftigte

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf insgesamt 3.150,50 €. Davon entfielen 2.400,00 € auf Löhne und Gehälter sowie 750,50 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung in Form des Geschäftsanteils in Höhe von 500 €, hat der Rheinisch-Bergische Kreis für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividendengutschrift in Höhe von 5,07 € erhalten.

Flughafen Köln/Bonn GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH
Postfach 98 01 20
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
Rheinisch-Bergischer Kreis	38.000	0,35

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit Mitte Juni 2013 für 2 Jahre Herr Reinhard Limbach (Stadt Bonn) wahr.

4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2014 wie folgt vertreten:

Ordentliches Mitglied

Bis 30.06.2014

Herr Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz

Stellvertretendes Mitglied

Herr Hans-Peter Eichner

Ab 01.07.2014

Herr Klaus-Dieter Becker

Herr Wolfgang Reuschenbach

4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt, soweit sie nicht als Vertreter der Arbeitnehmer nach § 4 Drittelbeteiligungsgesetz zu wählen sind. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D.
Land Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender

Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB
Arbeitnehmervertreter

1. stellvertretender Vorsitzender

Jochen Ott, Oberstudienrat a.D.
Stadt Köln

2. stellvertretender Vorsitzender

Dr. Martina Hinricher, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretender Vorsitzender
Gunther Adler, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	(bis 24.07.2014)
Dr. Harald Albuschkat, Ltd. Ministerialrat a.D. Land Nordrhein-Westfalen	(ab 01.09.2014)
Nuretdin Aydin, Oberlader FKB Arbeitnehmersvertreter	
Bernhard Braun, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	
Winrich Granitzka, Unternehmensberater Stadt Köln	(bis 16.09.2014)
Reinhard Limbach, Immobilienkaufmann Stadt Bonn	
Waltraud Mayer, Angestellte FKB Arbeitnehmersvertreterin	
Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär Land Nordrhein-Westfalen	
Bernd Petelkau, Managing-Director Stadt Köln	(ab 23.09.2014)
Gerold Reichle, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland	(bis 31.03.2014)
Jürgen Roters, Oberbürgermeister Stadt Köln	
Kerstin Wambach, Regierungsdirektorin Bundesrepublik Deutschland	(ab 01.09.2014)
Petra von Wick, Ministerialrätin Bundesrepublik Deutschland	
Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB Arbeitnehmersvertreter	

4.3 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei

Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer
(Vorsitzender der Geschäftsführung)

Athanasios Titonis, Bonn, Technischer Geschäftsführer

5. Wirtschaftliche Daten

Im Jahr 2014 stieg am Flughafen Köln/Bonn das Passagieraufkommen mit rund 9,5 Mio. Passagieren um 4 % im Vergleich zum Vorjahr an. Der Bundesdurchschnitt lag 2014 bei + 3,0 %.

Hinsichtlich des Passagieraufkommens lag der Flughafen Köln/Bonn damit über der Prognose für das Jahr 2014. Das Wachstum geht vor allem auf das Low-Cost-Segment zurück. Norwegian hat die Verbindungen nach Spanien ausgebaut und auch Ryanair legte kräftig zu. Weitere Wachstumsträger in 2014 waren Pegasus, SunExpress und Air Berlin.

Das Frachtvolumen lag im Jahr 2014 am Flughafen Köln/Bonn bei rd. 754.000 Tonnen, was einem Anstieg um 2% entsprach.

Die Zahl der Flugbewegungen stieg 2014 –nach einem kontinuierlichen Rückgang über die letzten 6 Jahre- erstmals wieder um 2,4 % (Bundesdurchschnitt + 0,4 %) an. Das maximale Startgewicht stieg zeitgleich um 2 %.

Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen hielt die Flughafengesellschaft einen Marktanteil an den Bewegungen von 81,6 % (Vorjahr 79,8 %).

Im Geschäftsjahr 2014 erhöhten sich die Umsatzerlöse um 1,2 % auf 274,3 Mio. €. Dabei entfielen 179,1 Mio. € auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 88,4 Mio. € auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 6,8 Mio. € auf übrige Erträge. Der Anstieg bei den Umsatzerlösen spiegelt somit das erhöhte Passagieraufkommen in 2014 wieder.

Der Materialaufwand verringerte sich um 7,4 % auf 84,2 Mio. €. Dies war im Wesentlichen auf geringere Aufwendungen im Bereich der Anlagenunterhaltung aber auch auf geringere Ausgaben für Streumittel zurückzuführen, bedingt durch den milden Winter 2014.

Die Investitionen im Jahr 2014 betrugen insgesamt rd. 20,7 Mio. €. So wurden im Bereich der Anlagen im Bau 5,3 Mio. € für das Blockheizkraftwerk ausgewiesen, das ab 2015 durch den Flughafen betrieben wird. Als weitere Anlage im Bau sind zudem 1,0 Mio. € für eine zukunftssichere IT-Netzstruktur und 0,4 Mio. € für Fluggastbrücken berücksichtigt. Bei den fertigen Anlagen finden sich als Zugang 1,7 Mio. € für den Kontrollnachschauroom und 1,2 Mio. € für den Schallschutz. 0,6 Mio. € wurden in die Enteisungsanlage und 0,4 Mio. € in den Parkraum investiert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen am Bilanzstichtag 276,1 Mio. € und waren somit um 30,5 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Gegenüber den anderen Kreditgebern betrug die Verbindlichkeit unverändert 22,5 Mio. €. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt. Ausreichend Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gegeben.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.504	10.712	9.621
II. Sachanlagen	675.215	695.460	708.584
III. Finanzanlagen	630	744	860
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	2.743	3.803	3.240
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.227	30.630	22.029
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	398	1.877	1.397
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.061	807	598
Bilanzsumme	716.778	744.033	746.329

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	166.091	165.041	161.034
IV. Jahresüberschuss	3.073	1.050	4.008
B. Rückstellungen	51.159	50.901	43.895
C. Verbindlichkeiten	318.150	351.063	363.057
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.201	2.428	1.889
E. Passive latente Steuern	82.550	79.996	78.892
Bilanzsumme	716.778	744.033	746.329

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	274.294	271.139	264.984
andere aktivierte Eigenleistungen	1.958	1.965	1.881
sonstige betriebliche Erträge	3.607	8.705	4.275
Materialaufwand	84.229	90.912	81.313
Personalaufwand	115.108	114.791	106.700
Abschreibungen	36.718	36.515	34.870
sonstige betriebliche Aufwendungen	22.837	23.289	23.507
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13	16	17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	1.348	382
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.908	13.624	15.613
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.102	4.042	9.536
Steuern vom Ertrag	3.156	1.028	2.722
Sonstige Steuern	2.873	1.964	2.806
Jahresfehlbetrag/-überschuss	3.073	1.050	4.008

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	36,7	34,9	34,6
Investitionsquote:	%	56,5	75,7	70,0
Umsatzrentabilität:	%	1,1	0,4	1,5
Eigenkapitalrentabilität:	%	1,2	0,4	1,5
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	49.439	35.188	43.922
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	20.748	27.631	24.404
Flugzeugbewegungen	Anzahl	123.243	120.388	125.337
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	9.451.414	9.079.001	9.281.703
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	754.342	739.544	751.183

6. Beschäftigte

Die Zahl der zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2014	2013	2012
1.807	1.800	1.804

Auf Vollzeitkräfte umgerechnet waren es 1.766 Beschäftigte. Die Fluktuationsquote lag 2014 bei 6,17 %.

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2014 rd. 91.303 T€ an Löhne und Gehälter sowie 23.805 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

8. Bewertung

Zwölf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist. Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium bis zum Jahr 2030 verlängerte Betriebsgenehmigung für Nachtflüge weiterhin seine Gültigkeit behalten wird.

Die durch die Landesregierung beabsichtigte Einführung des Nachtflugverbotes zwischen 0.00 Uhr und 5.00 Uhr für Passagierflüge lehnte der Bundesverkehrsminister ab. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Flughafengesellschaft als auch den Flughafennutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Da der Flughafen über ein komfortables System mit drei Start- und Landebahnen, darunter eine Interkontinentalbahn, sowie über ein großzügiges Terminal- und Frachthallenangebot verfügt, kann er jederzeit weitere Verkehrszuwächse aufnehmen. Ergänzt wird die hervorragende Infrastruktur durch das integrierte Autobahn- und Schienennetz. Dies begünstigt sowohl die Entwicklung des Frachtverkehrs als auch die des Passagierverkehrs, was insbesondere dem Dienstleistungs- und Produktionsgewerbe zu Gute kommt.

Die Flughafengesellschaft geht für das Geschäftsjahr 2015 von einem Jahresüberschuss in Höhe von rund 1,0 Mio. € aus. In der Folgezeit wird mit weiterem Verkehrswachstum und mit einer stabilen Ergebnisentwicklung gerechnet.

Um auch zukünftiges Verkehrswachstum abwickeln zu können, wird die Flughafengesellschaft in 2015 ca. 44 Mio. € investieren.

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.
Hilfringhauser Straße 4
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 2924
Telefax: 02196 / 4735

Internet: www.bauverein-wermelskirchen.de
E-Mail: mail@bauverein-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2014 insgesamt 789 Mitglieder mit 1.905 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 780.390,00 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

4. Organe

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Werner Geismann, Verbandsprüfer	(seit 05.01.2011)
Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter	(seit 01.01.2010)
Andreas Weger, Rechtsanwalt	(seit 02.03.2011)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Michael Garnich, Geschäftsführer	Vorsitzender
Rudolf Großmann, Freiformschmied	stellvertretender Vorsitzender
Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	
Carmen Weber, Rentnerin	
Patrick Niedermayer, Malermeister	(ab 25.06.2014)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2014 insgesamt einen Gewinn von 30.358,14 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 15.404.029,87 €.

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 65 T€. Bei einer Verringerung der Betriebsleistung um 70 T€ verringerten sich die Aufwendungen für die Betriebsleistung, hauptsächlich bedingt durch gesunkene Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (Instandhaltungskosten) und Abschreibungen auf Sachanlagen sowie höherer Personalaufwendungen um insgesamt 5 T€. Das positive Beteiligungs- und Finanzergebnis von 11 T€ hat sich um 2 T€ erhöht und beinhaltet Zinserträge sowie Erträge aus Wertpapierverkäufen.

Im Berichtsjahr 2014 wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 879 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 692 T€. Das langfristige Eigenkapital stieg auf 10.597 T€, die Eigenkapitalquote betrug 68,8 %. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich insbesondere durch planmäßige Tilgungen. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf 4,58 €/qm (Vorjahr 4,52 €/qm). Die Erhöhung resultierte aus Mietanpassungen gemäß § 558 BGB an die Vergleichsmiete. Es standen zum Bilanzstichtag 2014 vier Wohnungen aufgrund von Umbaumaßnahmen und 6 Wohnungen aufgrund des geplanten Abrisses des Doppelhauses Königsberger Straße 5/7 leer.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0	0
II. Sachanlagen	14.444	11.027	11.085
III. Finanzanlagen	0	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	835	894	868
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	76	46	27
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	49	1.678	1.517
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	15.404	13.648	13.500

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	794	699	644
II. Ergebnisrücklagen	9.813	9.746	9.615
III. Bilanzgewinn	30	26	19
B. Rückstellungen	32	31	62
C. Verbindlichkeiten	4.735	3.146	3.160
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	15.404	13.648	13.500

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.532	2.508	2.467
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	- 60	27	62
sonstige betriebliche Erträge	64	62	57
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.499	1.552	1.354
Personalaufwand	311	250	239
Abschreibungen	366	396	402
sonstige betriebliche Aufwendungen	127	118	81
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	9	19
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	52	43	28
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	184	246	501
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7	7	9
Sonstige Steuern	81	82	80
Jahresüberschuss	96	157	412
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklage	66	131	393
Bilanzgewinn	30	26	19

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	68,8	76,3	75,9
Eigenkapitalrentabilität:	%	0,9	1,5	4,2
cash-flow:	T€	356,0	461	811,0
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,56	4,52	4,44
Instandhaltungskosten:	€/qm	22,46	21,84	16,21
Fluktuationsquote:	%	8,5	4,3	6,5
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	1,9	1,0	0,2

6. Beschäftigte

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2014	2013	2012
Vollzeit	2	2	3
Teilzeitbeschäftigte	2,75	1,5	1
Summe	4,75	3,5	4

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 310.968,81 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 248.982,11 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 61.986,70 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Genossenschaft schüttete in 2015 für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

8. Leistungen für den Kreis

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 504 Wohnungen. Weiterhin gehören 4 Gewerbeeinheiten, 180 Garagen und 95 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 30.808 qm.

9. Bewertung

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung, da die Unterbringung dieses wachsenden Personenkreises in Heimen vielfach nicht mehr gewährleistet ist. Solche Projekte werden auch finanziell gefördert.

Daher wurden zwei unsanierte Gebäude abgerissen und an anderer Stelle zwei altengerechte und barrierearme Häuser gebaut, die in 2015 fertiggestellt werden. Ebenso plant der Vorstand ein weiteres Wohngebäude abzureißen und mit barrierefreien Wohnungen zu bebauen. Es wurden Verhandlungen geführt, um einen Kooperationspartner, der Pflegedienstleistungen für das Wielviertel anbietet, zu gewinnen. Gleichzeitig soll dadurch der Prozess einer Quartiersentwicklung in Gang gesetzt werden. Ein Cafe soll durch den Kooperationspartner betrieben werden. Im Herbst 2013 wurde für die Mitglieder eine Gästewohnung eingerichtet, die angemietet werden kann. Dieser zusätzliche Mitgliederservice wurde bereits reichlich genutzt. In 2015 kann eine weitere Gästewohnung angeboten werden. Die Genossenschaft geht davon aus, dass der Wohnungsbestand, der bisher keine ungewollten Leerstände aufzeigte, auch in Zukunft ausgelastet sein wird. Darüber hinaus wird auch in den nächsten Jahren die bestens bewährte flexible Mieterbetreuung von der Genossenschaft beibehalten. Aus den wirtschaftlichen Daten der Genossenschaft lässt sich ableiten, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird. Damit besteht auch künftig die Chance, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels, nur moderate Mietanpassungen vorzunehmen und so die zukünftigen Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG
Borsigstraße 18
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: www.wupsi.de
E-Mail: info@wupsi.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die heutige Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Sie wird in der Hauptsache für ihre Anteilseigner und in deren Gebiet tätig. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.762.100	50

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2014 aus folgenden Personen zusammen:

Wilmund Opladen,
Studiendirektor i.R., Bergisch Gladbach Vorsitzender

Nina Lepsius,
wissenschaftliche Mitarbeiterin, Leverkusen Stellvertretende Vorsitzende

Harald Breutling,
KWS-Mitarbeiter, Odenthal

Andrea Deppe
Baudezernentin der Stadt Leverkusen

Ulrich Hölkeskamp,
KWS-Mitarbeiter, Leverkusen

Thomas Merten,
Dezernent des Rheinisch-Bergischen Kreises, Leverkusen

Ralf Nonnenbroich,
KWS-Mitarbeiter, Langenfeld

Albrecht Omankowsky,
Rechtsanwalt, Leverkusen

Gerhard Zorn,
Landesverwaltungsdirektor, Overath

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2014 war Frau Mathilde Drewing (stellv. Landrätin).

5. Wirtschaftliche Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt von einer hohen Stabilität gekennzeichnet.

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 2.091 T€ auf 62.755 T€ und im Konzern um 2.082 T€ auf 60.235 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist im Jahr 2014 um 1.243 T€ bei der KWS AG sowie um 1.402 T€ im Konzern gesunken. Der Rückgang ist auf den Bereich der Finanzanlagen zurückzuführen. Der Kurswert der von der KWS AG gehaltenen RWE-Aktien lag zum Bilanzstichtag um ca 2,5 Mio. € unterhalb des Buchwertes, so dass in dieser Höhe eine Wertberichtigung vorzunehmen war.

Das Umlaufvermögen ist insbesondere aufgrund eines höheren Guthabenstandes bei Kreditinstituten gestiegen, bei der KWS AG um 3.335 T€ und im Konzern um 3.485 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz hat sich das Eigenkapital bei der KWS AG und im Konzern um 1.305 T€ verringert. Ursächlich hierfür ist, dass der im Berichtsjahr durchgeführten Ausschüttung an die Anteilseigner in Höhe von 1,35 Mio. €, die aus dem Jahresergebnis des Jahres 2013 resultiert, ein Jahresüberschuss des Jahres 2014 in Höhe von lediglich 45 T€ gegenüberstand.

Die Rückstellungen haben sich bei der KWS AG um 1.768 T€ und im Konzern um 1.750 T€ erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg sind mögliche Rückzahlungsverpflichtungen aus der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009.

Erhöht haben sich auch die Verbindlichkeiten, bei der KWS AG um 1.627 T€ und im Konzern um 1.635 T€. Dies resultiert insbesondere aus höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Rahmen der langfristigen Finanzierung von Investitionen.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 63,5 %. Im Konzern liegt sie bei 61,6 %.

Der Finanzmittelfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf 6,8 Mio. € bei der KWS AG bzw. auf 7,3 Mio. € im Konzern.

Die im Wesentlichen als Festgeld gehaltenen Beträge dienen als Vorsorge für das Risiko aus der VRS-Verkehrserhebung 2009, damit die KWS AG im Falle eines

Beschlusses des VRS-Beirates zur Umsetzung der Ergebnisse ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 0,8 % und im Konzern um 0,6 % gestiegen.

Insbesondere rückläufige Fahrgastzahlen im Linienverkehr aufgrund der Schulzeitverkürzung (G8) und Rückgänge bei den Ausgleichsleistungen für die Beförderung von Schwerbehinderten haben dazu beigetragen, dass der Anstieg der Umsatzerlöse trotz einer Tarifsteigerung im VRS in Höhe von 3,6 % vergleichsweise gering ausgefallen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 3,9 % bei der KWS AG bzw. 3,7 % im Konzern gestiegen. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus der außerordentlichen Realisierung einer Vertragsstrafe im Zusammenhang mit der verzögerten Lieferung von Fahrzeugen für den Linienverkehr.

Die Entwicklung der Aufwendungen ist differenziert zu betrachten.

Der Materialaufwand ist um 0,2 % bei der KWS AG und um 2,2 % im Konzern gesunken. Höhere Aufwendungen insbesondere für den Bezug von Subunternehmerleistungen konnten durch gesunkene Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, insbesondere Dieselkraftstoff, kompensiert werden.

Die Entwicklung des Personalaufwandes mit einem Anstieg von 4,0 % bei der KWS AG bzw. 3,3 % im Konzern resultiert insbesondere aus der Umsetzung der tarifvertraglich vereinbarten Entgelterhöhungen.

Die Abschreibungen sind aufgrund der Aktivierung von Investitionen um 10,1 % bei der KWS AG bzw. 9,3 % im Konzern gestiegen. Zu berücksichtigen ist, dass sich im Bereich der Fahrzeuginvestitionen auch weiterhin der aufwandsteigernde Effekt aus dem Wegfall der Fahrzeugförderung auswirkt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen bei der KWS AG um 13,2 % und im Konzern um 13,4 % höher als im Vorjahr. Diese Entwicklung resultiert im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Schadenrückstellung des Haftpflichtverbandes, einer nachträglichen Zuführung zur Rückstellung für die VRS-Einnahmenaufteilung für die Jahre 2009 bis 2013 auf der Grundlage von aktualisierten Daten des VRS sowie aus periodenfremden Aufwendungen im Zusammenhang mit der Spitzabrechnung der Inhouse-Vereinbarung für das Jahr 2013.

Das Finanzergebnis des Konzerns wird wesentlich durch die RWE-Beteiligungen geprägt. Bezogen auf die Dividendenausschüttungen des RWE-Konzerns konnten im Jahr 2014 bedingt durch periodenfremde Effekte höhere Erträge erzielt werden als im Vorjahr, da im Zuge von Umstrukturierungsmaßnahmen bei der RW Holding AG die Dividendenerträge für das Geschäftsjahr 2012/2013 außerplanmäßig erst im Januar 2014 vereinnahmt werden konnten. Allerdings musste bezogen auf die von der KWS AG gehaltenen RWE-Aktien aufgrund eines gesunkenen Kurswertes zum 31.12.2014 eine Wertberichtigung in Höhe von 2,5 Mio. € durchgeführt werden. Vor dem Hintergrund dieses Sondereffektes ist das Finanzergebnis des Konzerns mit -628 T€ negativ ausgefallen. Das Finanzergebnis der KWS AG, das zusätzlich die Gewinnabführung der HBB enthält, liegt mit 106 T€ noch im positiven Bereich.

Der Jahresüberschuss des Konzerns und der KWS AG, der wesentlich durch das Finanzergebnis geprägt ist und ebenso, die Zahlungen der Gesellschafter im

Rahmen der Inhouse-Vereinbarung beinhaltet, beläuft sich auf 45 T€ (Vorjahr: 2.386 T€).

Der von den Gesellschaftern abzudeckende Zuschussbedarf für die im Rahmen der Inhouse-Vereinbarung erbrachten Verkehre hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 131 T€ erhöht.

Bilanz, KWS AG

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	373	140	82
II. Sachanlagen	17.161	16.120	16.711
III. Finanzanlagen	33.989	36.507	36.508
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	498	517	586
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.867	4.178	5.768
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	6.838	3.173	855
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28	29	31
Bilanzsumme	62.754	60.664	60.541

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	22.835	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	11.398	12.703	13.017
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	13.798	12.030	10.730
E. Verbindlichkeiten	9.078	7.451	8.314
F. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	62.754	60.664	60.541

Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	35.727	35.426	33.339
sonstige betriebliche Erträge	6.520	6.275	7.662
Materialaufwand	22.524	22.578	22.172
Personalaufwand	11.790	11.336	11.059
Abschreibungen	2.632	2.391	2.319
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.309	4.690	5.214
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Erträge aus Gewinnabführung	735	761	851
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.981	1.343	2.665
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	259	25	24
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.518	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	351	398	354
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	98	2.437	3.423
Außerordentliches Ergebnis	-27	- 27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	- 6	- 7
Sonstige Steuern	30	30	30
Jahresüberschuss	45	2.386	3.373
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	12.703	13.017	14.344
Ausschüttung an die Gesellschafter	1.350	2.700	4.700
Bilanzgewinn	11.398	12.703	13.017

Kennzahlen, KWS AG

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	63,5	67,9	68,5
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	93,2	90,6	88,2
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.127	1.861	2.989
Anlagenintensität:	%	82,1	87	88,0
cash-flow:	T€	-2.157	- 1.931	- 1.948
EBIT:	T€	-6.162	- 3.140	- 3.392
EBITDA:	T€	-1.012	- 749	- 1.073
Umsatzrentabilität:	%	-18,2	- 10,0	- 11,0
Eigenkapitalrentabilität:	%	-16,3	- 8,6	- 9,0
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	511
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,12	32,96	32,61
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	180	180	194

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	373	140	84
II. Sachanlagen	17.451	16.568	17.318
III. Finanzanlagen	30.990	33.508	33.509
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	498	517	586
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.642	3.940	5.467
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	7.250	3.450	987
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30	30	32
Bilanzsumme	60.234	58.153	57.983

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	20.084	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	11.402	12.706	13.020
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	13.960	12.210	10.864
D. Verbindlichkeiten	9.143	7.508	8.370
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	18	18
Bilanzsumme	60.234	58.153	57.983

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	32.130	31.951	29.913
sonstige betriebliche Erträge	6.440	6.209	7.630
Materialaufwand	12.295	12.575	12.503
Personalaufwand	17.355	16.799	16.190
Abschreibungen	2.790	2.552	2.473
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.402	4.765	5.293
Erträge aus Beteiligungen	1	0	0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.981	1.343	2.665
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	259	26	25
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2.518		0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	351	397	347
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	100	2.441	3.427
Außerordentliches Ergebnis	-27	- 27	- 27
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	- 5	- 7
Sonstige Steuern	32	33	34
Jahresüberschuss	45	2.386	3.373
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	12.706	13.020	14.347
Ausschüttung an die Gesellschafter	-1.350	2.700	4.700
Bilanzgewinn	11.401	12.706	13.020

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	61,6	66,1	66,8
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	92,7	86,8	91,1
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	4.127	1.847	3.236
Anlagenintensität:	%	81,0	86,4	87,8
cash-flow:	T€	-2.064	- 1.828	- 1.896
EBIT:	T€	-6.162	- 3.141	- 4.079
EBITDA:	T€	-854	- 589	- 1.606
Umsatzrentabilität:	%	-20,3	- 11,1	- 12,5
Eigenkapitalrentabilität:	%	-17,5	- 9,2	- 9,7
Betriebsstreckenlänge:	km	515	515	511
Fahrgäste im Linienverkehr:	Mio.	32,12	32,96	36,61
Anzahl der Fahrzeuge für den Linienverkehr:	Stck.	180	180	194

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2014		2013		2012	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	194	342	198	345	197	343
Verwaltung, Vertrieb	67	70	68	71	73	76
Summe	261	412	266	416	270	419

Insgesamt wurden im Konzern 13.481 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.874 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Ausgleichsleistungen für die Erfüllung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2014 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2014 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlafoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2014 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH
Königstraße 100
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980
Telefax: 02196 / 98359

Internet: www.krankenhaus-wermelskirchen.de
E-Mail: info@krankenhaus-wermelskirchen.de

2. Öffentlicher Zweck

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 203 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
Rheinisch-Bergischer Kreis	562.421,07	33,33

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind:

Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	Vorsitzende
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt	1. stellvertretender Vorsitzender
Christine Engels, Rentnerin	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Dipl.-Soz.-Wissenschaftler	
Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	
Markus Fischer, Dezernent	
Dagmar Keller-Bartel, Fachärztin für Allgemeinmedizin	
Monika Müller, Pensionärin	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor	
Thorsten Schmalt, Lehrer	
Volker Schmitz, Vermessungstechniker	
Dirk Wartmann, Selbständiger	
Eric Weik, Bürgermeister	
Maurice Winter, Bankkaufmann	
Hartmut Zulauf, Pensionär	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

bis 30.06.2014

Allendorf Werner
Eckl Klaus
Lutz Siegfried
Strieker Michael
Seydholdt Claudia

Stellvertreter

Schmalt Thorsten
Virnich Dietmar
Volkman Dirk
Witte Gerd
Franzen Jürgen

ab 01.07.2014

Allendorf Werner
Eckl Klaus
Klein Hans Jürgen
ten Haaf
Witte Gerd

Schiefer Christopher
Virnich Dietmar
Ehren Ursula
Franzen Jürgen
Gewehr Erika

5. Wirtschaftliche Daten

Die Abteilung Innere Medizin konnte in den letzten Jahren ihr erweitertes Leistungsspektrum im Wettbewerb sehr gut etablieren und hat das hohe Leistungsniveau, das sie im Geschäftsjahr 2013 noch einmal deutlich steigern konnte, in 2014 gehalten.

In der Allgemein- und Viszeralchirurgie musste ein Leistungsrückgang verzeichnet werden, wogegen in der Orthopädie und Unfallchirurgie nach dem Chefarztwechsel im Vorjahr ein deutlicher Leistungsanstieg realisiert werden konnte. Eine ebenfalls positive Entwicklung konnte in der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe verzeichnet werden.

In der Summe sind die stationären Leistungen des Krankenhauses erneut deutlich gestiegen.

Aufgrund der deutlich erhöhten betrieblichen Aufwendungen (wie z.B. der Kosten für Honorarkräfte, die nicht wie geplant reduziert werden konnten) konnte nur ein leicht negatives Ergebnis in Höhe von 61 T€ realisiert werden.

Eine radikale Kostenbremsung im Personalbereich (Honorarkräfte) hätte die zum Jahresende stark angestiegene Leistungserbringung gefährdet. Dies hätte in Bezug auf die Umsetzung der Krankenhausplanung NRW und die folgende Budgetverhandlung negative Auswirkungen für die zukünftige Entwicklung des Krankenhauses nach sich gezogen.

Die Tarifsteigerungen im TVÖD (ab 01.03.: 3,0 %) und im TV Ärzte (ab 01.01.: 2,0 % und ab 01.12.: 1,9 %) konnten, wie in den vergangenen Jahren, im Gesundheitswesen nicht gegenfinanziert werden.

Der Sachaufwand ist insgesamt aufgrund der Leistungssteigerung um 7,9 % gestiegen. Ein weiterer Anstieg war bei den Instandhaltungen zu verzeichnen. Dies resultierte aus den weiteren Investitionen zur Erhaltung der Gebäudesubstanz (z.B. OP-Sanierung OP 3, Umbau Radiologie, EKG, etc.).

Darüber hinaus wurde verstärkt in Hygienefortbildungen, die Organisation im OP sowie die EDV Infrastruktur investiert. Eine weitere Besonderheit stellten die Kosten für die Machbarkeitsstudie zur baulichen Zukunftsplanung im Geschäftsjahr 2014 dar.

Die stationären Erlöse konnten entsprechend der erreichten Leistungssteigerungen deutlich erhöht werden. Neben den Leistungssteigerungen wirkte sich hier auch die Erhöhung des Landesbasisfallwertes aus. Negativ wurden die Erlöse durch den Mehrleistungsabschlag in Höhe von 389.318,52 € beeinflusst.

Weiterhin wurde in die Infrastruktur des Hauses investiert. Herauszuheben ist hier die Erneuerung des Monitorings auf der Intensivstation, der Röntgenanlage, ein Gamma Sondensystem und eine moderne Workstation für den Computertomographen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	214	283	242
II. Sachanlagen	13.710	14.261	14.774
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	756	717	464
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.072	3.655	3.161
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.043	779	656
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung	920	920	920
D. Rechnungsabgrenzungsposten	11	4	1
Bilanzsumme	20.746	20.639	20.238

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	6.254	6.254	6.254
IV. Bilanzverlust	- 817	-757	- 1.167
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.060	7.193	7.518
C. Rückstellungen	1.767	1.735	1.836
D. Verbindlichkeiten	4.026	3.758	3.341
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
Bilanzsumme	20.746	20.639	20.238

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	26.884	24.996	23.963
Erlöse aus Wahlleistungen	2.995	3.104	2.877
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.024	1.113	1.120
Nutzungsentgelte der Ärzte	47	74	131
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	86	51	- 83
sonstige betriebliche Erträge	895	725	1.078
Personalaufwand	20.349	18.690	17.835
Materialaufwand	7.959	7.473	6.770
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	866	811	717
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0	0	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	808	802	821
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	892	845	742
Abschreibungen	1.317	1.286	1.239
sonstige betriebliche Aufwendungen	3.091	2.900	3.157
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	2	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42	49	62
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 43	435	827
Steuern	18	25	52
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	- 61	410	775

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Stationäre Patienten:	Fallzahl	9.647	9.258	9.351
Case Mix (ohne Dialyse):	Punkte	8.314,1	7.822	7.802
Case Mix Index (ohne Dialyse):	Punkte	0,862	0,845	0,834
Pflegetage (ohne Dialyse):	Tage	54.961	54.622	54.718
Verweildauer (vollstationär):	Tage	5,7	5,9	5,9
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	75,3	74,8	74,8

6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2014	2013	2012
Angestellte	363	347	343
Gewerbliche Mitarbeiter	15	16	19
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	30	30	29
Summe	408	393	391

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 16.540.585,18 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 3.808.236,58 €.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

8. Bewertung

Der Patientenzuspruch hält bei der Krankenhaus Wermelskirchen GmbH zur Zeit weiterhin an.

Mit der Neuaufstellung der Orthopädie und Unfallchirurgie und der dort etablierten Leistungsbereiche (Therapie von Wirbelsäulenleiden und der Alterstraumatologie) sollte die Leistungsentwicklung in diesem Bereich deutlich anziehen.

Unterstützend für diese Entwicklung sollte die erfolgreiche Zertifizierung zum Endoprothetikzentrum sein.

Die Innere Medizin ist seit Jahren auf dem Gesundheitsmarkt sehr gut etabliert, daher ist von einer stabilen Leistungsmenge mit einem moderaten Wachstum auszugehen.

Aufgrund einer moderaten Leistungsentwicklung von ca. 1,2 % auf dann 8.500 Case-Mix-Punkte und einer kalkulierten Personalkostensteigerung in Höhe von ca. 7 % (VK Entwicklung und Tarif) und der Auswirkung der Verlängerung und Verschärfung des

Mehrleistungsabschlages, kann zur Zeit nur von einem ausgeglichenen Ergebnis für das Geschäftsjahr 2015 ausgegangen werden.

Naturarena Bergisches Land GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH
Eichenhofstraße 31
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: www.dasbergische.de
E-Mail: info@dasbergische.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
Rheinisch-Bergischer Kreis	7.500,00	30

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Müller, Vera
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

Stellvertreter

Reudenbach, Elvira
Bender, Christine
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 531,1 T€. Während die Betriebsleistung mit 158,6 T€ auf dem Niveau des Vorjahres lag, erhöhten sich die Betriebsaufwendungen inkl. Abschreibungen um insgesamt 41,2 T€ auf 689,8 T€. Das betraf vor allem die Personalaufwendungen, die sich insbesondere aufgrund von Gehaltssteigerungen um 65,4 T€ erhöhten. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus niedrigeren Kosten für Versand- und Telefonservice (17,6 T€).

Die Eigenkapitalquote lag bei 83,4 %. Das Anlagevermögen der Naturarena war vollständig durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Das Geschäftsjahr 2014 begann für die Naturarena erneut mit einer Reihe von Messeauftritten in den Niederlanden, dem Rheinland und Ruhrgebiet, sowie auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin.

Mit Informationsständen in NRW und auf Veranstaltungen in der eigenen Region (Infostände) wurden während des Sommerhalbjahres potenzielle Tagesreisende und Kurzurlauber direkt angesprochen.

Im Herbst präsentierte sich die Naturarena drei Tage lang auf Deutschlands wichtigster Wandermesse „TourNatur“ in Düsseldorf sowie auf mehreren weiteren Veranstaltungen. Insgesamt war die Naturarena 2014 mit 44 Ausstellertagen extern

präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	9	10
II. Sachanlagen	4	7	13
III. Finanzanlagen			0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	42	43	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41	68	30
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	247	33	103
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	1	0
Bilanzsumme	348	161	157

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	266	67	18
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	17	30	43
C. Verbindlichkeiten	40	39	71
Bilanzsumme	348	161	157

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	94	88	53
sonstige betriebliche Erträge	65	63	54
Materialaufwand	13	18	20
Personalaufwand	364	298	305
Abschreibungen	13	14	16
sonstige betriebliche Aufwendungen	299	317	325
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 530	- 496	- 559
Sonstige Steuern	1	1	0
Jahresfehlbetrag	- 531	- 497	- 559
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	531	497	559
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	83,4	57,2	27,5
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 507,6	- 608,7	- 533,3
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 8,5	- 6,3	- 3,2
EBIT:	T€	- 531,2	- 497,4	- 560

6. Beschäftigte

Personal	2014	2013	2012
Angestellte	7	7	5

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet.

Im Geschäftsjahr 2014 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 7 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf insgesamt 176.276,14 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf insgesamt 363.886,09 €. Davon entfielen 300.247,03 € auf Löhne und Gehälter sowie 63.639,06 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen

Mindestzuschuss in Höhe von 70.125,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2014 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 51.598,86 €.

8. Bewertung

Das Jahr 2014 war trotz der angespannten personellen Situation erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Gesellschaft.

Die Nachfrage konnte erheblich gesteigert werden, was in erster Linie den neuen Wanderwegen und der Positionierung als Top-Wanderregion zuzuschreiben ist.

Bei seit Jahren fast gleichbleibendem Personaleinsatz sind die Grenzen der Aktivitätssteigerung erreicht und neue Entwicklungen und Projekte kaum umsetzbar. Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena bzw. der Marke „Das Bergische“ entwickelten sich stetig positiv weiter. Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen.

Immer wieder werden Aufgaben und Kooperationswünsche an die Gesellschaft herangetragen, die mit dem verfügbaren Personal und Etat leider nicht alle umsetzbar sind.

Der generelle Ausblick für die nächsten 2 Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus der gesamten Region lenken. Weitere herausragende Tourismusprojekte wie „Panarbora“, das „neue“ Schloss Homburg und der „Bergische Panoramaweg“ werden/haben ihren Betrieb aufnehmen/aufgenommen und werden der Region einen weiteren großen Schub bringen. Die hieraus zu erwartende steigende Nachfrage muss strukturell durch den Ausbau der Gesellschaft aufgefangen werden.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einem Jahresfehlbetrag von 704 T€ gerechnet, der insbesondere durch steigende Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen verursacht wird. Dem stehen Zuwendungen der Gesellschafter in Höhe von 717 T€ gegenüber, weshalb eine Erhöhung des Eigenkapitals um 13 T€ erwartet wird.

PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH
 Britanniahütte 10
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0
 Telefax: 02202 / 95585-16

2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
Rheinisch-Bergischer Kreis	2.600	2,89

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe

Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

4.2 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014 wie folgt vertreten:

Bis 30.06.2014

Ordentliches Mitglied

Eckl, Klaus

Stellvertreter

Virnich, Dietmar

Ab 01.07.2014

Ordentliches Mitglied

Wöber-Servaes, Sylvia

Stellvertreter

Eckl, Klaus

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von 227.338,96 €. Dies ist gegenüber dem Vorjahr (79.042,30 €) ein Anstieg in Höhe von 148.296,66 €.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 244 T€ auf insgesamt rd. 1.897 T€.

Festzustellen sind insbesondere die Zunahmen der liquiden Mittel um 155 T€ auf 1.153 T€, sowie der Forderungen und der sonstigen Vermögensgegenstände um 92 T€ auf 527 T€.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Aus dem Gewinnvortrag von 5.701,61 € zuzüglich des Jahresüberschusses von 227.338,96 wurde ein Betrag 79.353,56 € in die Gewinnrücklage eingestellt und der Restbetrag von 153.687,01 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Umsatzerlöse konnten insgesamt um 253 T€ gesteigert werden. Hier machte sich insbesondere der Anstieg der Maßnahmekostenerstattung (+ 237 T€) bemerkbar.

Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 69 T€. Es handelte sich hierbei um Sozialversicherungsbeiträge behinderter Mitarbeiter.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 144,07 €. Die Arbeitsentgeltspanne reichte dabei von 75 € bis 203 €.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0	0
II. Sachanlagen	175	186	261
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	33	33	35
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	527	435	396
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.153	997	898
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	4
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	4
Bilanzsumme	1.897	1.653	1.598

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	1.350	1.270	1.141
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	154	6	56
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	11	15	20
C. Rückstellungen	50	52	49
D. Verbindlichkeiten	242	220	242
Bilanzsumme	1.897	1.653	1.598

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.529	2.276	2.329
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 1	-2	1
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	915	846	820
sonstige betriebliche Erträge	27	38	29
Materialaufwand	33	31	42
Personalaufwand	1.150	1.089	1.077
Abschreibungen	65	80	86
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.000	1.885	1.870
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	4	5	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	227	80	113
Sonstige Steuern	0	1	1
Jahresüberschuss	227	79	112
Einstellungen/Entnahmen aus Rücklagen	- 79	- 130	- 147
Gewinnvortrag	6	56	91
Bilanzgewinn	154	5	56

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	83,99	83,5	81,8
cash-flow:	T€		154,1	191,9
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	144,07	144,07	150,30

6. Beschäftigte

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2014	2013	2012
Angestellte	24	25	25
Mitarbeiter	170	149	153
Summe	194	174	178

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.149.758,33 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 893.540,71 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 256.217,62 T€.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlte die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist. Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen. Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

Radio Berg GmbH & Co. KG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Radio Berg GmbH & Co. KG
Cliev 19
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: www.radioberg.de
E-Mail: sekretariat@radioberg.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist. Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
Rheinisch-Bergischer Kreis	63.911,48	12,5

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung

mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung im Geschäftsjahr 2014 wie folgt vertreten:

Herr Kreistagsabgeordneter Uwe Pakendorf	bis 30.06.2014
Herr Kreistagsabgeordneter Diego Faßnacht	ab 01.07.2014

5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 549.727,37 € ab und lag damit um rd. 53 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse lagen in Summe mit 2.242 T€ um 5,0 % bzw. 108 T€ höher als im Vorjahr. Die lokalen und regionalen Werbeerlöse, die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquiriert wurden, konnten um 47 T€ zum Vorjahr gesteigert werden. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH verbesserten sich um 45 T€ auf 819 T€. Hierin sind die Erträge aus der Flexibilisierung der Werbezeiten mit 67 T€ enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 45 T€ (+ 2,9 %). Der Kostenanstieg entfällt mit 30 T€ auf die Kosten der Veranstaltergemeinschaft. Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH erhöhte sich um 6 T€ auf 380 T€ (+ 1,7 %).

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 sehr solide. Mit einem Eigenkapital von 511 T€ lag die Eigenkapitalquote zum 31.12.2014 bei 40,75 %.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	8	0
II. Sachanlagen	23	28	40
III. Finanzanlagen	26	37	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.199	1.109	1.194
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
Bilanzsumme	1.254	1.183	1.272

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	0	0	2
B. Rückstellungen	64	66	75
C. Verbindlichkeiten	679	606	684
Bilanzsumme	1.254	1.183	1.272

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.242	2.134	2.104
sonstige betriebliche Erträge	56	46	40
Personalaufwand	4	4	5
Abschreibungen	27	24	26
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.585	1.540	1.452
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24	17	9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	658	596	654
Steuern vom Ertrag	109	99	102
Jahresüberschuss	549	497	552

6. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2014 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 3.721,36 € gezahlt.

7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 549.727,37 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 68.715,92 €.

8. Bewertung

Der Sender erzielte im März 2014 eine Reichweite „Hörer gestern Montag bis Freitag“ von 28,5 % und verlor im Juli 2014 leicht auf 27,7 %. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet Marktführer.

Für das Geschäftsjahr 2015 geht die Geschäftsführung von einem Jahresüberschuss in Höhe von 345 T€ aus.

Für das Geschäftsjahr 2015 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 345 T€.

Regionalverkehr Köln GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Regionalverkehr Köln GmbH
Theodor-Heuss-Ring 19-21
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: www.rvk.de
E-Mail: info@rvk.de

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch. Außerdem hält die RVK einen Anteil von 25% an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL), Gummersbach. Diese führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen für die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Gummersbach	447.400	12,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach	447.400	12,5

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2014 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt zusammen:

- Günter Rosenke,
Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist (Vorsitzender)
 - Heinz Jürgen Reining,
Geschäftsführer SWBV, Wachtberg (stellvertr. Vorsitzender)
 - Christoph Stock,
Prokurist OVAG, Olpe
 - Svenja Udelhoven,
Geschäftsführerin LVG, Bonn
 - Holger Müller,
Landtagsabgeordneter NRW, Rösrath
 - Peter Densborn,
Vorstand KVB, Wachtberg
 - Björn Bourauel,
Geschäftsführer SSB, Eitorf
 - Michael Bauch,
freigestellter Betriebsrat RVK, Bergheim, (stellvertr. Vorsitzender)
 - Hans-Jürgen Kellner,
freigestellter Betriebsrat RVK (BR-Vorsitzender), Nümbrecht
 - Andreas Frauenkron,
Disponent, stellvertr. Niederlassungsleiter RVK, Hellenthal
 - Hans-Jürgen Koenig,
Busfahrer, Betriebsrat RVK, Bad Münstereifel
 - Heinz Küpper,
Aufsichtsratsvorsitzender REVG, Erftstadt (bis 03.09.2014)
- Neu im Aufsichtsrat:- Martin Schmitz,
Geschäftsführer REVG, Pulheim (seit 03.09.2014)

4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in

jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistung im RVK-Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken und umfasst insgesamt 24,84 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 286 eigene Omnibusse, mit denen 51 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für 49 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 325 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind im Berichtsjahr 2014 lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von rd. 1.562 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 1.562 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Busbeschaffung (1.144 T€) und Software (228 T€). Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2014 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 33,23 %.

Die Umsatzerlöse sanken im RVK-Konzern um insgesamt ca. 2.487 T€ auf 64.063 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Minderung um ca. 2.555 T€ auf 66.203 T€ vor.

Bilanz, RVK GmbH

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	854	1.037	1.216
II. Sachanlagen	37.954	46.010	43.666
III. Finanzanlagen	290	290	295
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	180	349	357
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.723	5.948	9.859
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	16.845	10.998	6.050
C. Rechnungsabgrenzungsposten	129	118	114
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	45	0
Bilanzsumme	62.975	64.795	61.557

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.886	8.101	8.018
III. Gewinnrücklagen	710	710	710
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	5.686	3.253	3.282
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszu- schüsse	9.281	9.424	11.310
C. Rückstellungen	9.148	9.203	7.935
D. Verbindlichkeiten	26.182	29.988	26.410
E. Rechnungsabgrenzungsposten	503	537	313
Bilanzsumme	62.975	64.795	61.557

Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	66.203	68.758	67.625
sonstige betriebliche Erträge	20.449	19.460	18.869
Materialaufwand	46.503	47.911	45.932
Personalaufwand	20.638	23.539	23.620
Abschreibungen	7.852	7.735	7.658
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.029	7.805	8.207
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	18	27
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	26	18	27
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	670	660	652
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.010	607	482
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	39	34	31
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.971	573	451
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.971	573	451

Kennzahlen, RVK GmbH

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	28	24	25
Eigenkapitalrentabilität:	%	16,6	3,7	2,9
Investitionen:	T€	1.592	9.941	6.334
Personalaufwandsquote:	%	31,2	34,2	34,9
Materialaufwandsquote:	%	70,2	69,68	67,9
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	7.210	10.359	10.361
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.238	2.201	2.194
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	286	336	317

Bilanz, Konzern

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	854	1.037	1.216
II. Sachanlagen	37.956	46.013	43.671
III. Finanzanlagen	63	63	68
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	180	350	357
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.740	5.965	9.897
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	17.150	11.104	6.293
C. Rechnungsabgrenzungsposten	129	117	115
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	45	0
Bilanzsumme	63.072	64.694	61.617

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.883	8.099	8.014
III. Gewinnrücklagen	711	711	711
IV. Bilanzgewinn, -verlust	5.703	3.269	3.299
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	9.281	9.423	11.310
C. Rückstellungen	9.523	9.571	8.259
D. Verbindlichkeiten	25.889	29.505	26.132
E. Rechnungsabgrenzungsposten	503	537	313
Bilanzsumme	63.072	64.694	61.617

Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	64.063	66.550	65.320
sonstige betriebliche Erträge	20.425	19.399	18.853
Materialaufwand	32.950	35.460	34.529
Personalaufwand	31.861	33.544	32.505
Abschreibungen	7.853	7.735	7.659
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.167	7.962	8.377
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	17	28
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	672	661	652
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.010	607	482
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0
sonstige Steuern	39	34	31
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.971	573	451
Außerordentliche Erträge	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.971	573	451

Kennzahlen, Konzern

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	33,2	28,3	31,0
Investitionen:	T€	1.562	9.944	6.334
Materialintensität:	%	39,0	41,3	41,0
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	7.409	10.222	9.917
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.201	2.201	2.194
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	286	336	317

6. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2014		2013		2012	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	192	199	201	207	194	199
Arbeiter	279	590	361	651	377	639
Summe	471	789	562	858	571	838

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

8. Bewertung

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2014 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern anzuregen und nach entsprechenden Entscheidungen sodann umzusetzen.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
 Paffrather Straße 48
 51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220
 Telefax: 02202 / 952244

Internet: www.rbs-wohnen.de
 E-Mail: info@rbs-wohnen.de

2. Öffentlicher Zweck

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.

Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200	32,85

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n)/in des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2014 wie folgt zusammen:

Dr. Hermann-Josef Tebroke Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis	Vorsitzender
Herrn Klaus W. Waldschmidt Rechtsanwalt	stellvertretender Vorsitzender, bis 16.06.2014
Herrn Michael Zalfen Außendienstler	stellvertretender Vorsitzender, seit 17.06.2014

Frau Sarah Bähler Veterinärhomöopathin	seit 17.06.2014
Herrn Udo Buschmann Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln	
Herrn Volker Damm Rentner	
Frau Ursula Ehren Produktionsassistentin	seit 01.07.2014
Frau Dipl.-Ing. Angelika Graner Architektin	bis 16.06.2014
Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann Lebensmitteltechnik	
Herrn Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht Rentner	bis 16.06.2014
Herrn Jürgen Mumdey Stadtkämmerer	
Herrn Bert Höhne Immobilienkaufmann	bis 30.06.2014
Herrn Frank Rausch Mess- und Regeltechniker	
Herrn Lutz Schade Rechtsanwalt	seit 17.06.2014
Herr Dr. Klaus-Georg Wey Leitender Regierungsschuldirektor	

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Bis 30.06.2014

Frau Monika Dinkelmann	Leiterin der Wohnungsbauförderung
Frau Mathilde Drewing	Kreistagsabgeordnete
Herr Lasse Pütz	Kreistagsabgeordneter
Herr Christopher Schiefer	Kreistagsabgeordneter

Ab 01.07.2014

Herr Klaus-Dieter Becker	Kreistagsabgeordneter
Frau Monika Dinkelmann	Leiterin der Wohnungsbauförderung
Frau Dilara Soyulu	Kreistagsabgeordnete
Herr Dirk Weber	Kreistagsabgeordneter

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.936.676,12 € ab. Gemäß § 22 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung die Zuweisung einer Summe in Höhe von 10 % des Jahresüberschusses in die gesellschaftsvertraglichen Rücklagen, bis die Hälfte des Stammkapital erreicht ist, beschlossen. Mit der Einstellung eines Betrages in Höhe von 81.585,77 € hat die gesellschaftsvertragliche Rücklage die Summe von 2.250.000 € erreicht.

Darüber hinaus wurde eine Bruttodividende in Höhe von 8 % = 270.000 € für das Geschäftsjahr 2014 an die ausschüttungsberechtigten Gesellschafter ausgezahlt. Die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen betrug 1.585.090,35 €.

Der Bilanzgewinn belief sich auf 1.855.090,35 €.

Im Jahre 2014 wurden 2.406 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2014 wurden 6 Wohnungen umfangreich saniert, die Kosten betragen 79 T€. Im Geschäftsjahr 2014 ergab sich die größte Instandsetzungsmaßnahme aus einem Legionellenbefund in der Schmidt-Blegge-Straße 10-16. Hier wurden alle Strangleitungen und Bäder mit einem Volumen von etwa 420 T€, davon 355 T€ in 2014, erneuert.

Nachträgliche Brandschutzmaßnahmen in den Bädern der Schmidt-Blegge-Straße 18 verursachten Kosten in Höhe von 100 T€.

Daneben wurden weitere zahlreiche Instandhaltungen an unterschiedlichen Objekten vorgenommen. So wurden z.B. Parkplätze und Garagenzufahrten erneuert, Dächer erneuert, Anstricharbeiten durchgeführt, Wohnungseingangstüren ausgetauscht sowie Untersuchungen und Sanierungen von Grundleitungen vorgenommen.

Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2.800 T€.

Abzüglich erstatteter Kosten durch Versicherungen und Mieter in Höhe von 58 T€ beliefen sich die Kosten im Jahr 2014 auf rd. 2.742 T€ oder 23,37 €/je qm Wohnfläche.

Die Mieterträge betragen 8.264 T€. Mehrerträge ergaben sich vornehmlich aus dem Zugang der „Siedlung Handstraße“ und dem Neubau Marktfeld 11 mit 168 T€, sowie der Anpassung an die ortsübliche Vergleichsmiete nach § 558 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Höhe von 66 T€, der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gem. II. Berechnungsverordnung in Höhe von 57 T€.

Erlösschmälerungen aufgrund Leerstand, Mietminderungen und Eigennutzung sind um 32 T€ auf 111 T€ gesunken, da die Wiedervermietung gekündigter Wohnungen schneller erfolgen konnte.

Zum Stichtag 31.12.2014 standen 17 Wohnungen leer (Vorjahr 25 Wohnungen). Das um 695 T€ verbesserte Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultierte im Wesentlichen aus den um 517 T€ höheren Sollmieten und Umlagen.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	2	3	2
II. Sachanlagen	63.447	62.726	59.999
III. Finanzanlagen			
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.349	3.427	3.258
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	95	138	174
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.316	850	5.141
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19	16	23
Bilanzsumme	69.228	67.160	68.597

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	3.368
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	16.515	15.513	14.537
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	1.855	1.191	1.113
B. Rückstellungen	134	163	87
C. Verbindlichkeiten	47.286	46.842	49.420
D. Rechnungsabgrenzungsposten	70	83	72
Bilanzsumme	69.228	67.160	68.597

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	11.606	11.089	10.870
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	- 81	158	112
andere aktivierte Eigenleistungen	29	38	38
sonstige betriebliche Erträge	100	153	307
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.331	5.742	5.751
Personalaufwand	1.139	1.108	1.029
Abschreibungen	1.570	1.534	1.678
sonstige betriebliche Aufwendungen	369	379	381
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	29	83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	934	1.085	1.039
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.315	1.619	1.532
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	88	12	13
Sonstige Steuern	290	284	282
Jahresüberschuss	1.937	1.323	1.237
Einstellungen in Rücklagen	82	132	124
Bilanzgewinn	1.855	1.191	1.113

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	31,0	29,5	27,3
Investitionen in Sachanlagen:	T€	2.304	4.274	1.983
cash-flow:	T€	3.510	2.860	2.927
Eigenkapitalrentabilität:	%	9,0	6,7	6,7
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.906	1.914	1.845
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m ² /mtl.	5,87	5,81	5,73
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	8,3	9,2	8,7
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	0,9	1,4	1,1

6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2014 wurden durchschnittlich 20 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2014	2013	2012
Kaufmännische Angestellte	7	7	7
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	3	2	2
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	2	2	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	5	4	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
Summe	20	18	18

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 913.545,66 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 224.974,31 T€.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2015 für das Geschäftsjahr 2014 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2014 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet.

Durch Modernisierungen und jüngere Baualtersklassen kann ein Anteil von über 70 % des Bestandes der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden. Für die übrigen 30 % wurde inzwischen entweder ein langfristiger Plan entwickelt („Siedlung Lerbach“ in Heidkamp) bzw. steht in der Entwicklung („Siedlung Handstraße“ Erwerb Ende 2013) oder die Maßnahmen stellen sich nicht als wirtschaftlich und für die Mieter bezahlbar dar.

Angebote für demenziell veränderte Menschen bietet das Unternehmen an zwei Standorten mit drei Wohngemeinschaften an. Angesichts der steigenden Zahlen in dieser Zielgruppe und der Diskussion um eine würdige Unterbringung ist langfristig mit einem weiteren Bedarf zu rechnen, derzeit wird er jedoch im Rheinisch-Bergischen Kreis zusammen mit anderen Anbietern gedeckt, so dass trotz einer günstiger Kostensituation die Vermietung nicht immer einfach ist. Diese Entwicklung muss weiter intensiv beobachtet werden, um die Weichen für die Zukunft rechtzeitig stellen zu können.

Nach dem Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von rd. 1.160 T€ gerechnet.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Friedrich-Ebert-Straße
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470
Telefax: 02204 / 842471

Internet: www.tz-bg.de
E-Mail: info@tz-bg.de

2. Öffentlicher Zweck

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000	25,0

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR.
Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren:
Stefan Dürselen, Dipl.-Ing.,
Volker Suermann, Dipl.-Geogr. (bis 30.09.2014),
Dr. Erik Werdel, Kreisdirektor (seit 01.10.2014).

4.2 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wurde im Geschäftsjahr 2014 bis zum 30.09.2014 durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel wahrgenommen. Stellvertreter war Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Seit dem 01.10.2014 wird die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises durch den Landrat wahrgenommen.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 109.593,80 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 709 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2014 wurden insgesamt 247 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 86 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2014 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2014 angemieteten, vermietbaren Flächen in der Größenordnung von ca. 2.700 m² waren rd. 2.400 m² belegt. Die Eigennutzung des TechnologieZentrums ist hierbei ausgenommen.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 20 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von rd. 8,6 über die letzten 12 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 8,1 % zugrunde (von 86 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 680 qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 247 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote somit auf bis rd. 1.950 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren. Die Umsatzerlöse verringerten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2014 um ca. 8,0 %. Wesentlicher Grund hierfür ist eine veränderte Nutzung der Allgemeinfläche in Haus 51 durch den Eigentümer. Die damit verbundene Verringerung der Nebenflächenanteile für die Mieter hat zur Verringerung der Gesamtmietfläche geführt. Im Jahr 2014 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	2	4
II. Sachanlagen	6	2	4
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	104	90	94
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	459	489	464
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
Bilanzsumme	571	584	566

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	26
III. Gewinnrücklage	373	373	373
IV. Bilanzverlust	- 10	0	0
B. Rückstellungen	49	46	41
C. Verbindlichkeiten	16	23	12
D. Rechnungsabgrenzungsposten	17	16	14
Bilanzsumme	571	584	566

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	310	337	325
Sonstige betriebliche Erträge	101	120	133
Personalaufwand	131	133	127
Abschreibungen	4	5	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	386	407	399
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Jahresfehlbetrag	- 110	- 88	- 69
Entnahme aus der Kapitalrücklage	100	88	69
Bilanzverlust/ -gewinn	- 10	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	85,5	85,3	88,0
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 112	- 43	- 69
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 7	- 2	- 7

6. Beschäftigte

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2014 insgesamt 131.494,80 T€ an Personalaufwendungen. Davon 105.339,62 T€ an Löhne und Gehälter sowie 26.155,18 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2014 (rd. 110 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 50.000,00 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffekt auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

8. Bewertung

Seit zwanzig Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Begleitung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen als Maßnahmenpaket der kommunalen und regionalen Wirtschaftsförderung.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum liegt der Schwerpunkt gemäß Gesellschafterauftrag auf Qualität statt Quantität der Gründungen. Die geringe Insolvenzquote im TechnologieZentrum (8,1 % über 20 Jahre) ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2014 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2015 fortgeführt und durch TZ-interne Impulsvorträge zu jeweils aktuellen Themen ergänzt werden.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Friedrich-Ebert-Straße 75
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630
Telefax: 02204 / 976399

Internet: www.rbw.de
E-Mail: info@rbw.de

2. Öffentlicher Zweck

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse sollen die Tätigkeiten der Gesellschaft vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Die Tätigkeiten dürfen nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere dürfen sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Zu den Aufgaben und Tätigkeiten der Gesellschaft im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse gehören insbesondere:

- Förderung und Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Rheinisch-Bergischer Kreis,
- Pflege, Sicherung und Entwicklung des Unternehmensbestandes im Kreisgebiet,
- Entwicklung und Förderung von Kompetenzfeldern im Kreisgebiet,
- Unterstützung bei der Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Kreisgebiet,
- Fachkräftesicherung und –marketing für das Kreisgebiet.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €
Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Rheinisch-Bergischer Kreis	37.900	51,0
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen.
Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages.
Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2014:

Herr Dr. Erik Werdel vom 01.01.-30.09.2014
 Herr Volker Suermann ab 01.10.2014

4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- der Rheinisch-Bergische Kreis 9 Vertreter (9)
- die beteiligten kreisangehörigen Kommunen je 1 Vertreter (8)
- die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtsparkasse Wermelskirchen je 1 Vertreter (2)
- die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis 2 Vertreter (2)

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2014 durch folgende Personen vertreten:

Ordentliches Mitglied

Stellvertreter

bis 30.06.2014

Merten, Thomas
 Büscher, Wolfgang
 Drefahl, Christian
 Conrad, Werner
 Mertens, Dirk
 Neu, Heinz Gerd
 Pütz, Lasse
 Rickes, Roland
 Winkels, Robert Gordon

Rhode, Ursula
 Kieweg, Dietmar
 Ziepke, Klaus-Dieter
 Wolf, Alfred
 Dr. Beckers-Schwarz, Wolfgang
 Zorn, Gerhard
 Riedel, Eva-Maria
 Clemen, Christiane

ab 01.07.2014

Dr. Werdel, Erik
 Büscher Wolfgang
 Feller, Jörg
 Höhne, Bert
 Pakendorf, Uwe
 Pütz, Lasse
 von der Ohe, Alexandra
 Weiß, Friedhelm
 Winkels, Robert

Becker, Klaus-Dieter
 Sonnenberg, Hendrik
 Cleve, Maximilian
 Witte, Gerd
 Zorn, Gerhard
 Schneider, Rainer
 Rickes, Roland
 Clemen, Christiane

5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2014 bei Betriebserträgen von 79.081,28 € und Betriebsaufwendungen von 659.586,39 € ein Betriebsergebnis von – 580.505,11 €.

Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 11.451,63 € ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 569.293,40 €.

Die Erhöhung der Betriebserträge in 2014 um rd. 27 T€ gegenüber dem Vorjahr beruhte im Wesentlichen auf gestiegene Zuschüsse im Rahmen des Sonderprogramms „Bildungsscheck NRW Fachkräfte“.

Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen.

Die gewährten Gesellschafterbeiträge lagen in 2014 mit 592 T€ über dem Jahresfehlbetrag von 569 T€, sodass der Kapitalrücklage dadurch per Saldo 23 T€ zugeführt wurden.

Andererseits wurde der Eigenanteil der RBW für das Projekt „Breitbandversorgung“ in Höhe von 351 T€ in 2014 aus der Kapitalrücklage (im Zusammenhang mit dem Sondervermögen) entnommen, sodass sich die Kapitalrücklage insgesamt von 3.223 T€ auf 2.895 T€ reduzierte.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14	19	9
II. Sachanlagen	40	18	24
III. Finanzanlagen	740	866	987
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.216	174	527
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.802	3.162	2.930
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.812	4.239	4.477

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	2.895	3.223	3.181
B. Rückstellungen	109	83	83
C. Verbindlichkeiten	734	859	1.139
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.812	4.239	4.477

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	43	40	54
sonstige betriebliche Erträge	36	13	20
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	386	379	328
Abschreibungen	13	13	9
sonstige betriebliche Aufwendungen	261	230	244
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	34	38	46
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	40
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	23	28	31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 569	- 557	- 452
Sonstige Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 569	- 557	-452
Entnahme aus der Kapitalrücklage	569	557	452
Bilanzgewinn/- verlust	0	0	0

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	77,91	77,79	72,7
Betriebsergebnis:	T€	- 580,6	- 569,9	- 506,6
cash-flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit:	T€	- 1.442,7	- 226,0	- 345,4

6. Beschäftigte

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2014 insgesamt 385.643,50 T€ an Personalaufwendungen. Davon 314.971,77 T€ an Löhne und Gehälter sowie 70.671,73 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2014 durchschnittlich 7 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2014	2013	2012
Angestellte	7	7	6

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 600.000 € an die RBW zu leisten. Vereinbarungsgemäß wurde dieser Gesellschafterbeitrag ab dem Geschäftsjahr 2014 auf 592.000 € reduziert, da die bisherige Zahlung der RBW an den Naturarena Bergisches Land e.V. in Form eines Mitgliederbeitrages in gleicher Höhe ab 2014 entfallen ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Gesellschafterbeitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er diesen Betrag übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2014 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (592.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Das Sondervermögen wird zur gezielten Förderung des Unternehmensgegenstandes eingesetzt. Insbesondere dient es der Unterstützung bei der Entwicklung und Erschließung von Gewerbeflächen und deren Vermarktung sowie für besondere Einzelprojekte. Da das Sondervermögen langfristig zu erhalten ist, wird an die Mittelverwendung grundsätzlich eine Rückzahlungsverpflichtung gekoppelt. Die Einzelheiten der Verwendung sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt, welche die Gesellschafterversammlung beschließt.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

8. Bewertung

Auch im Geschäftsjahr 2014 stellte sich die Gesellschaft in allen Bereichen als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die operativen Tätigkeitsfelder Existenzgründung, Unternehmenssicherung und –nachfolge, Fördermittel, Behördenscout, Kompetenzfeldentwicklung, Gewerbeflächenservice, Fachkräftesicherung und –marketing sowie Standortmarketing und Öffentlichkeitsarbeit zeigten im Geschäftsjahr 2014 einen planmäßigen Geschäftsverlauf. Der Zweck der Gesellschaft, die soziale und wirtschaftliche Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises durch die Förderung der Wirtschaft zu verbessern, wurde erreicht.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2014 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2014 wurde dieses Controlling fortgeschrieben. Insgesamt zeigte sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsfeldern der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Das Qualitätsmanagementsystem der RBW ist nach DIN ISO 9001 durch den TÜV Rheinland zertifiziert. Im Dezember 2014 wurde durch den TÜV eine erneute Prüfung im Rahmen eines Zwischenaudits durchgeführt. Die Tätigkeitsfelder und die damit verbundenen Prozesse wurden stichprobenweise geprüft. Besonders positiv wurde die klare Struktur in den Prozessbeschreibungen der Mitarbeiter sowie insgesamt die Qualität und die Weiterentwicklung des Managementhandbuches hervorgehoben. Nach der erfolgreichen Prüfung ist damit die RBW weiterhin mit einem jeweils aktuell angepassten und für die Zukunft sicheren Qualitätsmanagementsystem ausgestattet.

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln
Konrad-Adenauer-Straße 13
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: www.rheinstud.de
E-Mail: Abt.Koeln@Rheinstud.de

2. Öffentlicher Zweck

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,
Stadt Bonn,
Landschaftsverband Rheinland,
Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,
Oberbergischer Kreis,
Rhein-Sieg Kreis,
Rheinisch-Bergischer Kreis

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.

Institutsvorsteher war im Geschäftsjahr 2014 Herr Günter Rosenke, Landrat des Kreises Euskirchen. Sein Stellvertreter war Herr Jürgen Nimptsch, Oberbürgermeister der Stadt Bonn.

Im Rahmen der Geschäftsführung wird der Institutsvorsteher durch die Studienleiterin Frau Patricia Florack vertreten.

4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2014 im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Bis 30.06.2014

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Heimann, Ulrich
Dr. Wey, Klaus-Georg

Ab 01.07.2014

Ordentliches Mitglied

Dünner, Johannes
Hilden, Stefanie

Stellvertreter

Büscher, Wolfgang
Dr. Wey, Klaus-Georg

4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für ein Jahr der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Rhein-Erft-Kreises, des Rhein-Sieg Kreises, des Oberbergischen Kreises, des Rheinisch-Bergischen Kreises, des Kreises Euskirchen und die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Gesellschafterversammlung 2014 durch Herrn Dezernenten Dietmar Virnich sowie Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Im Geschäftsjahr 2014 wurden in 57 Kursen insgesamt 1418 Teilnehmer/-innen geschult, d.h. die Anzahl der Kurse sank in 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 8,1 % und die der Teilnehmer/-innen stieg dennoch um 4,7 %. Hierdurch konnte die durchschnittliche Auslastung der einzelnen Lehrgänge 2014 gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 von 21,9 auf 24,9 Teilnehmer/-innen gesteigert werden.

Erfreulicherweise konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr die Zahl der Anwärter/-innen des mittleren nichttechnischen Dienstes erneut gesteigert werden. Wurden 2013 in 12 Kursen lediglich 262 Anwärter/-innen vorbereitet, waren es 2014 in 13 Kursen 289, dies stellt einen Anstieg um 10,3 % dar.

Im Bereich des prüfungserleichterten Aufstiegs, vom mittleren in den gehobenen Dienst, fanden wie im Vorjahr vier Kurse mit 74 Teilnehmern/-innen statt.

Die Zahl der Angestelltenkurse I sank 2014 gegenüber 2013 von acht auf sieben Kursen. Die Zahl der Teilnehmer/-innen sank von 141 auf 134, d.h. um 5 %.

Ein erheblicher Anstieg konnte bei der Zahl der Kurse für Verwaltungsfachwirte/-wirtinnen gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Es wurden in zwölf Kursen 226 Teilnehmer/-innen geschult, was gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 ein Plus von 33,3 % bzw. 25,6 % bedeutet. Fünf Kurse werden in modularer Form durchgeführt, wovon zwei Kurse von den 39 Teilnehmer/-innen selbst finanziert werden.

Die Zahl der Auszubildenden für den Ausbildungsberuf des/der Verwaltungsfachangestellten verschlechterte sich im Vorjahresvergleich leicht um 5,3 %. Es besuchten insgesamt 426 Auszubildende in 19 Kursen das Rheinische Studieninstitut. 97 Teilnehmer/innen absolvierten Kurse zum Erwerb der Doppelqualifikation Kaufmann/-frau für Bürokommunikation und Verwaltungsfachangestellte/-r. Zudem wurden im Geschäftsjahr 2014 in einem Kurs 23 Prüflinge der Verwaltungsfachangestelltenkurse zu Buchhaltern kommunal direkt nach ihrer Prüfung weiterqualifiziert.

Desweiteren wurde in 2014 die erste dienstbegleitende Unterweisung für Kaufleute für Büromanagement mit sieben Teilnehmern/-innen eingerichtet.

Auch in 2014 wurden wieder Lehrgänge für Mitarbeiter/-innen ohne verwaltungsspezifische Vorbildung durchgeführt. Hier wurden 65 Teilnehmer/-innen in vier Kursen entsprechend geschult.

Zwei Sonderkurse für die Stadt Köln wendeten sich an 49 Jugendliche mit Migrationshintergrund, welche knapp im Auswahlverfahren gescheitert waren. Sie wurden in diesem Sonderkurs auf eine Ausbildung im öffentlichen Dienst vorbereitet.

Im Bereich der Fortbildungen musste erneut ein leichter Rückgang verzeichnet werden.

Von Oktober 2013 bis September 2014 besuchten 4.057 Fortzubildende (- 5,1 %) in 330 Veranstaltungen (- 4,9 %) das Studieninstitut. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl eines Seminars lag bei 12,3 Teilnehmer/-innen, die Seminardauer betrug 1,79 Tage im Berichtszeitraum.

Das Rheinische Studieninstitut nahm im Jahre 2014 auch weiterhin die Aufgabe der Mitwirkung bei der Personalauswahl und –entwicklung der Anstellungskörperschaften wahr.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	73	88	143
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	290	81	241
II. Kassenbestand, Bankguthaben	1.313	1.681	1.870
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.676	1.850	2.254

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	809	1.023	1.286
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	- 233	- 214	- 209
B. Rückstellungen	761	853	1.123
C. Verbindlichkeiten	339	188	54
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.676	1.850	2.254

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	2.552	2.660	2.662
sonstige betriebliche Erträge	6	25	44
Materialaufwand	1.539	1.662	1.640
Personalaufwand	406	328	333
Abschreibungen	30	65	65
sonstige betriebliche Aufwendungen	822	860	910
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	16	33
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 233	- 214	- 209
Steuern	0	0	0
Jahresfehlbetrag	- 233	- 214	209

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	34,3	43,7	47,8
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 391.573,84	- 108.314,82	281.871,65

6. Beschäftigte

Personal	2014	2013	2012
Summe	keine Angabe	18	19

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird zum einen von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer. Auf dieser Basis werden ca. 50 % der tatsächlich entstehenden Kosten gedeckt.

Weitere 50 % der Kosten werden im Rahmen eines Umlagesystems von den Gesellschaftern getragen. Hierbei wird als Verteilungskriterium die Einwohnerzahl herangezogen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2014 eine Umlage in Höhe von insgesamt 78.830,00 € gezahlt.

RWE AG, Essen**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RWE Aktiengesellschaft
Opernplatz 1
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.com
E-Mail: contact@rwe.com

2. Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €. Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

3.1 Aktien im Kämmerervermögen

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmerervermögen. Für das Geschäftsjahr 2014 konnte der Rheinisch-Bergische Kreis eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 59.646,41 € in 2015 vereinnahmen.

3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen

Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.
Für das Geschäftsjahr 2014 konnte die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 494.307,21 € in 2015 vereinnahmen.

4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2014 waren die Herren:

Peter Terium	Vorstandsvorsitzender
Dr. Rolf Martin Schmitz	stellv. Vorstandsvorsitzender und Vorstand Operative Steuerung
Dr. Bernhard Günther	Finanzvorstand
Uwe Tigges	Personalvorstand und Arbeitsdirektor

4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2014:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Werner Bischoff	bis 30.06.2014
Reiner Böhle	
Dr. Werner Brand	
Dieter Faust	
Roger Graef	
Arno Hahn	
Manfred Holz	

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel	
Frithjof Kühn	
Hans Peter Lafos	
Christine Merkamp	
Dagmar Mühlenfeld	
Dagmar Schmeer	
Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Ekkehard D. Schulz	
Dr. Wolfgang Schüssel	
Ullrich Sierau	
Ralf Sikorski	seit 01.07.2014
Manfred Weber	bis 30.06.2014
Dr. Dieter Zetsche	
Leonhard Zubrowski	seit 01.07.2014

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsdreißig Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depotführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in der Hauptversammlung 2014 durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Heinz Gerd Neu vertreten. Seine Stellvertreterin war Frau Kreistagsabgeordnete Christine Bender.

5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 einen Außenumsatz von 48.468 Mio. € (inkl. Erdgas- und Stromsteuer), der somit um 8 % unter dem Vorjahreswert lag. Dies beruhte u.a. auf witterungsbedingte Absatzeinbußen. Das milde Wetter schlug sich insbesondere in den Gaserlösen nieder, die sich gegenüber dem Vorjahr 2013 um 17 % auf 11.905 Mio. € verringerten. Der Stromumsatz sank um 4 % auf 33.663 Mio. €. Auch hier machte sich der rückläufige Absatz bemerkbar.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr erwirtschaftete die Gesellschaft ein Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) von 7.131 Mio. €. Ausschlaggebend hierfür waren u.a. unerwartet große Fortschritte bei der Umsetzung des Effizienzsteigerungsprogrammes, insbesondere im Unternehmensbereich Konventionelle Stromerzeugung. Auch hohe Erträge aus dem Verkauf von Stromnetzen und eine sehr gute Performance im Energiehandel haben dazu beigetragen. Das betriebliche Ergebnis belief sich auf 4.017 Mio. € und lag somit innerhalb des prognostizierten Wertes. Hier machten sich insbesondere die

außerplanmäßigen Abschreibungen auf Kraftwerke in Deutschland und Großbritannien bemerkbar.

Insgesamt verschlechterte sich die operative Ertragslage gegenüber dem Vorjahr deutlich. Das EBITDA fiel um 10 % und das betriebliche Ergebnis um 25 % niedriger aus.

Ohne Berücksichtigung größerer Effekte aus Entkonsolidierungen und Wechselkursänderungen ging das EBITDA um 7 % und das betriebliche Ergebnis um 22 % zurück.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 3.440 Mio. € getätigt (ohne RWE Dea), 14 % weniger als im Vorjahr. Für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte wurden 3.245 Mio. € eingesetzt.

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2014 insgesamt eine Dividende von 615 Mio. € aus, dies entsprach 1,00 € je Aktie.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 Mio. €	31.12.2013 Mio. €	31.12.2012 Mio. €
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände	12.797	13.409	16.017
Sachanlagen	31.059	34.217	36.006
Investment Property	83	96	111
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	3.198	3.253	3.625
Übrige Finanzanlagen	958	917	959
Finanzforderungen	592	506	1.461
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	1.374	1.072	1.519
Ertragsteueransprüche	327	171	60
Latente Steuern	3.836	3.264	3.604
	<u>54.224</u>	<u>56.905</u>	<u>63.362</u>
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	2.232	2.387	3.128
Finanzforderungen	1.843	988	1.737
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.512	7.964	8.033
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	8.182	6.162	6.501
Ertragsteueransprüche	202	212	165
Wertpapiere	4.410	2.813	2.604
Flüssige Mittel	3.171	3.950	2.672
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	5.540	0	0
	<u>32.092</u>	<u>24.476</u>	<u>24.840</u>
Bilanzsumme	<u>86.316</u>	<u>81.381</u>	<u>88.202</u>
Passiva			
Eigenkapital			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	7.388	7.738	12.171
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	2.705	2.701	2.702
Anteile anderer Gesellschafter	1.679	1.698	1.616
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	27.540	27.351	27.991
Finanzverbindlichkeiten	15.224	16.539	15.417
Übrige Verbindlichkeiten	2.695	2.234	2.714
Latente Steuern	865	1.259	1.323
	<u>46.324</u>	<u>47.383</u>	<u>47.445</u>
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	5.504	6.389	4.811
Finanzverbindlichkeiten	3.342	2.149	4.529
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.309	6.440	7.315
Ertragsteuerverbindlichkeiten	69	232	136
Übrige Verbindlichkeiten	10.361	6.651	7.453
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	2.635	0	0
	<u>28.220</u>	<u>21.861</u>	<u>24.244</u>
Bilanzsumme	<u>86.316</u>	<u>81.381</u>	<u>88.202</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 Mio. €	2013 Mio. €	2012 Mio. €
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	48.468	52.425	53.227
Erdgas-/Stromsteuer	2.319	2.676	2.456
Umsatzerlöse	46.149	49.749	50.771
Sonstige betriebliche Erträge	2.335	2.238	1.867
Materialaufwand	33.687	35.523	34.496
Personalaufwand	4.850	5.124	5.318
Abschreibungen	3.115	7.276	5.071
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.282	4.381	3.908
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	364	326	261
Übriges Beteiligungsergebnis	180	- 120	216
Finanzerträge	917	827	770
Finanzaufwendungen	2.765	2.732	2.862
Ergebnis vor Steuern	2.246	- 2.016	2.230
Ertragsteuern	553	739	526
Ergebnis fortgeführter Aktivitäten	1.693	- 2.755	0
Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten	364	312	
Ergebnis	2.057	- 2.443	1.704
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	245	210	302
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der .RWE AG	108	104	96
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG	1.704	- 2.757	1.306
Ergebnis je Aktie in €	2,77	- 4,49	2,13

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	13,6	14,9	18,7
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	5.556	4.803	4.395
Eigenkapitalrentabilität:	%	17,2	- 17,1	10,2
Umsatzrentabilität:	%	7,2	- 1,8	6,9
Außenumsatz:	Mio. €	48.468	52.425	53.227
EBITDA:	Mio. €	7.131	7.904	9.314
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	3.440	3.978	5.544
Anlagenintensität:	%	50,9	58,6	59,1
Umlaufintensität:	%	37,2	30,1	28,2
Ausschüttung:	Mio. €	615	615	1.229
Dividende je Aktie:	€	1,00	1,00	2,00

6. Beschäftigte

Mitarbeiter ¹	2014	2013	2012
Summe	59.784	64.896	70.208

¹ Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Zum 31.12.2014 beschäftigte RWE 59.784 Mitarbeiter, 8% weniger als im Vorjahr. Bei der Ermittlung dieser Zahl wurden Teilzeitstellen anteilig berücksichtigt.

Im vergangenen Jahr haben 5.112 Beschäftigte den Konzern verlassen, davon 1.786 an die deutschen und 3.326 an die ausländischen Standorte. Rückgänge mussten in allen Unternehmensbereichen verzeichnet werden.

Wie in den Vorjahren hat der RWE-Konzern weit über seinen eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Ende 2014 erlernten 2.473 junge Menschen bei RWE einen Beruf.

In den Mitarbeiterzahlen werden die Auszubildenden nicht erfasst.

7. Bewertung

Die RWE AG ist eine der fünf größten Strom- und Gasanbieter in Europa und deckt somit die gesamte Wertschöpfungskette im Energiesektor ab. Die Gesellschaft fördert Braunkohle, produziert Strom aus Kohle, Gas, Kernenergie und regenerativen Quellen, betreibt Strom- und Gasverteilnetze, speichert Gas und verkauft Energieprodukte und –dienstleistungen an Weiterverteiler und Endkunden.

Die wichtigsten Märkte sind Deutschland, Benelux, Großbritannien sowie Zentralost- und Südosteuropa. Bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien ist die Gesellschaft auch außerhalb dieser Regionen aktiv, z.B. in Spanien und Italien. Die RWE AG richtet ihr Geschäftsmodell an den Herausforderungen des sich ändernden Energiesektors aus. Wachstumsmöglichkeiten ergeben sich in den Kerngeschäftsfeldern bei der Stromerzeugung aus Windenergie an Land und im Meer, im Stromverteilnetzgeschäft sowie in der Vermarktung innovativer Vertriebsprodukte und dezentraler Energielösungen.

Darüber hinaus möchte sich die Gesellschaft in einigen Ländern durch den Aufbau von Vertriebsaktivitäten mittel- oder langfristig unter den großen lokalen Versorgern etablieren. Beispiele dafür sind Rumänien und Kroatien.

Die Krise der konventionellen Stromerzeugung wird auch weiterhin die Ertragslage von RWE prägen. Mit ihrem ambitionierten Effizienzsteigerungsprogramm begrenzen sie ihre Auswirkungen auf das Konzernergebnis. Außerdem zahlen sich die Investitionen in die erneuerbaren Energien immer mehr aus. Trotzdem wird es wohl voraussichtlich nicht gelingen, das betriebliche Ergebnis auf dem Niveau vom Geschäftsjahr 2014 (4,0 Mrd. €) zu halten. Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet der Konzern mit einem Wert von 3,6 bis 3,9 Mrd. €.

RW Holding AG

1. Allgemeine Unternehmensdaten

RW Holding Aktiengesellschaft
c/o BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Georg-Glock-Straße 8
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0

E-Mail: info@rwholding.de

Telefax: 0211 / 1371-120

2. Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg AG mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

4. Organisationsstruktur

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzte sich im Berichtsjahr 2014 wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,
Direktor Portigon AG

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück
Oberkreisdirektor a.D.

4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Geschäftsjahr 2014 folgende Personen an:

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr	Vorsitzende
Frithjof Kühn, Siegburg	stellv. Vorsitzender
Dr. Wolfgang Kirsch, Münster	
Michael Lieber, Altenkirchen	
Hans Martz, Essen	(bis 30.06.2014)
Reinhard Paß, Essen	
Bernd Tischler, Bottrop	
Peter Scholten, Bad Kreuznach	
Wolfgang Schwade, Köln	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung am 14.11.2014 wurde der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten.

5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG war ursprünglich mit einem Kommanditanteil von 31,82 % an der RWEB GmbH & Co. KG beteiligt.

Am 19.08.2014 ist die RW Holding AG gegen Sachabfindung in Form der anteilig entsprechend ihrer Gesellschaftsbeteiligung an der RWEB GmbH & Co. KG auf sie entfallenden Geschäftsanteile an der RWEB GmbH aus der RWEB GmbH & Co. KG ausgeschieden und in die RWEB GmbH eingetreten. Nach Austritt aus der RWEB GmbH & Co. KG ist die RW Holding AG infolgedessen unmittelbar an der RWEB GmbH beteiligt. Neben der RWEB GmbH & Co. KG (68,18 %) ist zum Bilanzstichtag 31.08.2014 die RW Holding AG mit 31,82 % an der RWEB GmbH beteiligt.

Der Gesellschaftsvertrag der RWEB GmbH (nach Satzungsänderung) begründet zugunsten der RW Holding AG für den Fall des Ausscheidens als Gesellschafter einen Anspruch auf (Rück-)Übertragung sämtlicher von ihr oder ihren Rechtsvorgängern eingebrachten RWE-Aktien im Wege der Sachabfindung. Es handelt sich dabei um 29.252.475 von insgesamt 575.745.499 stimmberechtigten Stammaktien der RWE AG. Die Umstrukturierung war mit keinem Zuerwerb von RWE-Aktien verbunden.

Daneben hält die RW Holding AG 8.421 Stück Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der direkt und indirekt gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB GmbH konnte im April 2014 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 1,00 € je Aktie vereinnahmen. Die RWEB GmbH hat im April 2014 20.000.000 € und im Juni 2014 24.600.000 € vorab ausgeschüttet und an die RWEB GmbH & Co. KG ausgezahlt. Das anteilige Ergebnis wurde den Gesellschaftern der RWEB GmbH & Co. KG nach Verrechnung mit den zum 31.08.2013 bestehenden negativen Kapitalkonten und nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag ausgezahlt. Mit Beschluss vom 21.08.2014 hat die RWEB GmbH die Durchführung einer weiteren Vorabauschüttung in Höhe von insgesamt 43.400.000 € beschlossen.

Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2013/2014 Beteiligungserträge durch Entnahmen bei der RWEB GmbH & Co. KG in Höhe von insgesamt 14.179.355,95 €. Infolge der Dividende aus der unmittelbaren Beteiligung an der RWEB GmbH konnte die Gesellschaft Beteiligungserträge in Höhe von 13.809.227,29 € erzielen. Aus den unmittelbar gehaltenen Stammaktien der RWE AG vereinnahmte die RW Holding AG im April 2014 Dividenden in Höhe von 8.421 € abzüglich Kapitalertragsteuern und Solidaritätszuschlag.

Bilanz

Aktiva	31.08.2014 T€	31.08.2013 T€	31.08.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	0	0	1
II. Finanzanlagen	859.336	859.336	859.336
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.511	58.422	16.635
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	725	39.850	38.920
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	0	0
Bilanzsumme	893.576	957.608	914.892

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	28.948	57.998	58.577
B. Rückstellungen	569	2.186	1.479
C. Verbindlichkeiten	9.223	42.588	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	893.576	957.608	914.892

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013/2014 T€	2012/2013 T€	2011/2012 T€
Sonstige betriebliche Erträge	9	5	0
Personalaufwand	110	52	47
Sonstige betriebliche Aufwendungen	104	335	108
Erträge aus Beteiligungen	27.997	57.790	57.911
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	73	131	296
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	117	84	268
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27.748	57.455	57.784
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	154	810	544
Jahresüberschuss	27.594	56.645	57.240
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.355	1.353	1.337
Bilanzgewinn	28.949	57.998	58.577

6. Beschäftigte

Die RW Holding AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.
Die Personalaufwendungen enthalten Vergütungen für die beiden Vorstandsmitglieder.
Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf, gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding für das Geschäftsjahr 2013/2014 belief sich abz. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag auf 464.648,77 € netto (631.101,90 € brutto, 0,94 € pro Stückaktie), die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG in 2015 vereinnahmt wurde.

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Telefon: 0201 / 243439
0201 / 221377

Internet: www.vka-rwe.de

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: info@vka-rwe.de

2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmenname wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber

staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 85 Mitgliedskörperschaften an.

4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach.

Die Aufgabe der Prokuristen wird durch Herrn Günter Berndmeyer und Frau Judith Roßberg wahrgenommen.

4.2 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/2014 (mit Stichtag 30.06.2014) wie folgt zusammen:

Vorsitzende

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin

1. stellvertretender Vorsitzender

Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis, Landrat

(bis 22.06.2014)

2. stellvertretender Vorsitzender

Reinhard Paß, Stadt Essen, Oberbürgermeister

Mitglieder

Sven-Georg Adenauer	Landrat, Kreis Gütersloh
Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Paul Breuer	Landrat, Kreis Siegen-Wittgenstein (bis 22.06.2014)
Dr. Bernhard Görgens	Sprecher der Geschäftsführung, Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (bis 31.12.2013)
Hans Martz	Vorsitzender des Vorstands, Sparkasse Essen
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen
Peter Ottmann	Landrat, Kreis Viersen
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2013/2014 (01.07.2013 – 30.06.2014) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 247.393,49 € und einem Bilanzverlust von 1.338.887,06 €. Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung der Gesellschafter von 187.932,00 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 92,0 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen. Zum 30.06.2014 belief sich die Ausgleichsrücklage unverändert zum Bilanzstichtag des Vorjahres auf 400 T€.

Bilanz

Aktiva	30.06.2014 T€	30.06.2013 T€	30.06.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	2	1	5
II. Finanzanlagen	273	274	273
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11	10	11
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	116	173	230
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	402	458	519

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	- 3	- 3	- 2
II. Kapitalrücklage	1.181	993	805
III. Gewinnrücklagen	402	402	402
IV. Bilanzverlust	- 1.338	- 1.091	- 840
B. Rückstellungen	23	22	21
C. Verbindlichkeiten	9	7	5
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	402	458	519

Gewinn- und Verlustrechnung

	2013/2014 T€	2012/2013 T€	2011/2012 T€
sonstige betriebliche Erträge	1	0	4
Personalaufwand	179	177	172
Abschreibungen auf Sachanlagen	1	2	3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	90	92	79
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	20	17	17
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3	4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 247	- 251	- 229
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	- 247	- 251	- 229

6. Beschäftigte

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für den Geschäftsstellenleiter und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 179.297,10 €. Davon entfielen 167.304,99 € auf die Gehälter und 11.992,11 € auf soziale Abgaben.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die 1,5-fache Höhe des jeweiligen Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013/2014 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 3.221,00 € an den Verband geleistet.

8. Bewertung

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2013/2014 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper**1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper
Schürholz 38
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110
Telefax: 02193 / 2791

Internet: www.wvv-rhein-wupper.de
E-Mail: info@wvv-rhein-wupper.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Geschäftsjahr 2014 durch folgende Mitglieder vertreten:

Bis 25.05.2014

ordentliches Mitglied

Allendorf, Werner
Büttgens, Walter
Drewing, Mathilde
Kübler, Wolfgang
Ohm, Roland
Schulte, Bernhard
Loepp, Helga

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
Kreuzer, Manfred
Volkmann, Dirk
Schmalt, Thorsten
Weiß, Friedhelm
Franzen, Jürgen
Schiefer, Christopher

Ab 26.05.2014

ordentliches Mitglied

Büttgens, Walter
Klein, Hans Jürgen
Soylu, Dilara
Schulte, Bernhard
Allendorf, Werner
Lautz, Peter Hermann
Kübler, Wolfgang

stellvertretendes Mitglied

Kreuzer, Manfred
Wurmbach, Sabine
Seydholdt, Claudia
Bleek, Rainer
Schmalt, Thorsten
Bosbach, Martin
Winter, Maurice

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Dezernent Thomas Merten vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Stellvertretender Verbandsvorsteher war bis zur Kommunalwahl am 25.05.2014 Herr Bürgermeister Ernst Müller aus Leichlingen. In der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung am 17.12.2014 wurde Bürgermeister Dietmar Persian aus Hückeswagen zum neuen stellvertretenden Verbandsvorsteher gewählt. Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt. Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung liegt bei Frau Anita Domogala.

5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2014 einen Jahresüberschuss in Höhe von 90.776,49 € aus. Das positive Ergebnis des Jahres 2014 resultierte hauptsächlich aus der Erhöhung der Wassergebühr, in den sonstigen betrieblichen Erträgen (u.a. Erstattungen des Wupperverbandes, Mitgliedsbeitrag und Wasserentnahmeentgelt) sowie in einem geringeren Personalaufwand aufgrund der Langzeiterkrankungen einiger Mitarbeiter. Die Trinkwasserabgabe im Verbandsgebiet des Wasserversorgungsverbandes Rhein-Wupper verringerte sich im Jahr 2014 um rd. 91 Tm³ gegenüber dem Vorjahr (-1,34 %). Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2014 betrug 18.407 m³ (Vorjahr 18.656 m³).

Im Rahmen der Trinkwasseruntersuchungen wurden im Berichtszeitraum 2.626 Proben bearbeitet. Wie in den Jahren zuvor lag keine Beanstandung durch die Bezirksregierung oder den Amtsarzt vor. Zusätzlich zu dem in der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Untersuchungsumfang wurde von Seiten des Amtsarztes eine zusätzliche umfassende Untersuchung verlangt. Die Probenahme und Untersuchung erfolgte durch das nach DIN EN ISO/IEC 17025 akkreditierte Laboratorium der Rhein-Energie (Köln). Alle Parameter dieser Probe erfüllten bzw. unterschritten die von der Trinkwasserverordnung vorgegebenen Grenzwerte. Die Investitionen des Berichtsjahres konnten größtenteils aus den verdienten Abschreibungen finanziert werden.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	372	374	370
II. Sachanlagen	16.572	16.427	16.373
III. Finanzanlagen	3	3	5
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	98	94	89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	794	593	581
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	408	464	183
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	0
Bilanzsumme	18.250	17.959	17.601

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	1.549	1.549	2.073
III. Gewinnvortrag	285	0	0
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	91	285	- 524
B. Aushändigungsverpflichtung	3.021	3.089	3.158
C. Sonderposten für Zuschüsse	336	163	164
D. Rückstellungen	599	589	583
E. Verbindlichkeiten	1.169	1.084	947
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	18.250	17.959	17.601

Gewinn- und Verlustrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	5.576	5.638	5.310
Andere aktivierte Eigenleistungen	2	0	0
sonstige betriebliche Erträge	136	106	118
Materialaufwand	3.213	3.149	3.076
Personalaufwand	1.696	1.643	1.711
Abschreibungen	464	419	420
sonstige betriebliche Aufwendungen	200	197	189
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	30	30	31
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	112	307	3
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	506
Sonstige Steuern	22	22	21
Jahresfehlbetrag	90	285	- 524

Kennzahlen

	Angaben in	2014	2013	2012
Eigenkapitalquote:	%	72	73	72
Wasserabgabe:	Mio./m ³	6.718	6.809	6.988
Wassergebühr: *	€/m ³	0,79	0,785/0,790	0,714
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	737	704	343

* ab 01.04.2013 inkl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/ m³:

6. Beschäftigte

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2014 insgesamt 29 Mitarbeiter.

Personal	2014	2013	2012
Mitarbeiter	29	29	31
davon			
Teilzeitbeschäftigte	4	4	3
geringfügig Beschäftigte	3	3	3
Auszubildende	0	1	1

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2014 insgesamt 1.302 T€ an Löhne und Gehälter sowie 394 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m³/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m³/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m³ ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m³ noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2015 geht der Verband von einem negativen Ergebnis in Höhe von -173 T€ aus. Die Wassergebühr wird unverändert 0,74 €/ m³ zuzüglich Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,05 €/m³ betragen.

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln
Neumarkt 18-24
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: zweckverband@ksk-koeln.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Rhein-Sieg-Kreis

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2014 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

Bis 30.06.2014:

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drefahl, Christian
Drewing, Mathilde
Dünner, Johannes
Knapp, Gisela
Rausch, Frank
Rhode, Ursula
Rickes, Roland
Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia
Tebroke, Dr. Hermann-Josef
Wey, Dr. Klaus-Georg

stellvertretendes Mitglied

Franzen, Jürgen
Ludemann, Dr. Peter
Wolf, Alfred
Gewehr, Erika
Heimann, Ulrich
Heutz, Ulrich
Opladen, Wilmund
Weiß, Friedhelm
Witte, Gerd
Pütz, Lasse
Dr. Werdel, Erik
Klemt, Udo

Ab 01.07.2014:

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane
Drewing, Mathilde
Ehren, Ursula
Gewehr, Erika
Heutz, Ulrich
Knapp, Gisela
Rausch, Frank
Rickes, Roland

Schiefer, Christopher
Seydholdt, Claudia

Tebroke, Dr. Hermann-Josef
Wey, Dr. Klaus Georg

stellvertretendes Mitglied

Schäfer, Lenore
Becker, Michael
Keller-Bartel Dagmar
Dünner, Johannes
Wöber-Servaes Sylvia
Opladen, Wilmund
Wolf, Eduard
Klein, Hans Jürgen
(bis 10.12.2014)
Weiß, Friedhelm
(seit 11.12.2014)
Büscher, Wolfgang
Pütz, Lasse
(bis 25.03.2015)
Schipper, Hinrich
(seit 26.03.2015)
Werdel, Dr. Erik
Hilden, Stefanie

4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist seit Dezember 2013 Herr Landrat Michael Kreuzberg.

5. Wirtschaftliche Daten

2014 betragen die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes 1.301 T€, die Aufwendungen lagen demgegenüber lediglich bei 23 T€. Die Finanzerträge gingen leicht auf 40 T€ zurück.

Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen verringerten sich auf 613 T€. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 705 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 32.124 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2014 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.252 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 14.847 T€ und das Eigenkapital betrug 17.271 T€.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.252	6.221	6.266
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Liquide Mittel	872	742	563
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.124	31.963	31.830

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	15.908	15.908	15.244
II. Ausgleichsrücklage	658	0	0
III. Jahresüberschuss	705	658	664
B. Rückstellungen	7	7	7
C. Verbindlichkeiten	14.847	15.391	15.915
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	32.124	31.963	31.830

6. Beschäftigte

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für das Geschäftsjahr 2014 erhielt der Rheinisch-Bergische Kreis im Jahr 2015 eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 2.387.790,00 € brutto bzw. 2.009.922,23 € netto ausgeschüttet. Hiervon wurden 184.815,00 € (netto 155.568,03 €) an die Stadt Burscheid, 352.199,00 € (netto 296.463,51 €) an die Stadt Leichlingen sowie 115.168,23 € netto an die Gemeinde Kürten weitergeleitet.

Zweckverband Naturpark Bergisches Land

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Naturpark Bergisches Land
Moltkestraße 34
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909
Telefax: 02261 / 881888

Internet: www.bergischesland.de
E-Mail: info@bergischesland.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

3. Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis
Rheinisch-Bergischer Kreis
Oberbergischer Kreis
Stadt Köln
Stadt Remscheid
Stadt Solingen
Stadt Wuppertal

4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des

Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde in 2014 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Bis 30.06.2014

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael
Musiala, Peter
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

Ab 01.07.2014

Damm, Volker
Schäfer, Lenore
Dr. Werdel, Erik

Müller, Vera
Bender, Christine
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

4.2 Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Hagen Jobi.

5. Wirtschaftliche Daten

Bei den 2014 Daten handelt es sich um vorläufige Ergebnisse. Eine abschließende geprüfte Fassung der Jahresabschlusszahlen 2014 lag zur Zeit des Berichtsdruckes noch nicht vor.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen	4.312	5.584	6.541
II. Finanzanlagen	2.500	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	400	400	400
III. Liquide Mittel	114.362	102.921	102.926
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	121.574	111.405	112.367

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	74.896	79.613	79.613
II. Ausgleichsrücklage	0	9.989	9.989
III. Bilanzergebnis Verlust	0	- 11.055	- 3.649
IV. Bilanzergebnis Gewinn	16.760	0	0
B. Sonderposten			
I. Zuwendungen	3.501	3.833	4.165
C. Rückstellungen	1.000	2.000	1.000
D. Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.217	18.391	13.408
II. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	5.900	0	0
III. Sonstige Verbindlichkeiten	11.300	12.282	7.840
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	121.574	111.405	112.367

Ergebnisrechnung

	2014	2013	2012
Ordentliche Erträge			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	211.377	173.167	158.645
Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	14	5.577
Sonstige ordentliche Erträge	4.806	3.756	6.659
Summe Ordentliche Erträge	216.184	176.937	170.881
Ordentliche Aufwendungen			
Personalaufwendungen	- 61.994	- 52.673	- 34.975
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 92.945	- 84.622	- 108.400
Bilanzielle Abschreibungen	- 1.270	- 957	- 970
Transferaufwendungen	- 1.639	- 5.393	0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 41.619	- 43.412	- 30.669
Summe Ordentliche Aufwendungen	- 199.467	- 187.058	- 175.013
Finanzergebnis			
Finanzerträge	43	99	484
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	- 1.033	0
Summe Finanzergebnis	43	- 935	484
Ordentliches Jahresergebnis	16.760	- 11.055	- 3649

6. Beschäftigte

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet. In 2012 wurden zwei Teilzeitkräfte befristet für drei Jahre eingestellt, um das Projekt „Vielfalt schmeckt“ zu unterstützen.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg

1. Allgemeine Unternehmensdaten

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)
Glockengasse 37 – 39
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: www.vrsinfo.de
E-Mail: zweckverband@vrsinfo.de

2. Öffentlicher Zweck

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs.
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge.
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten.
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs.
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben.
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr –SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2014 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 71 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn
die Stadt Köln
die Stadt Leverkusen
die Stadt Monheim am Rhein
der Rhein-Erft Kreis
der Oberbergische Kreis
der Rhein-Sieg Kreis
der Rheinisch-Bergische Kreis
der Kreis Euskirchen

4. Organisationsstruktur

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

4.1 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens $\frac{3}{4}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2014 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

bis zum 30.06.2014:

ordentliches Mitglied
Opladen, Wilmund
Merten, Thomas
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied
Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

seit dem 01.07.2014:

ordentliches Mitglied
Christopher Schiefer
Merten, Thomas
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied
Schmalt, Thorsten
Haase, Reinhard
Clemen, Christiane

4.2 Verbandsvorsteher

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Die Position des Verbandsvorstehers wurde nach dem Ausscheiden von Herrn Landrat Rolf Menzel im Jahr 2011 bis zum 13. November 2014 nicht neu besetzt.

Seit dem 14. November 2014 fungiert der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Herr Sebastian Schuster, als Verbandsvorsteher des Zweckverbandes VRS.

5. Wirtschaftliche Daten**Bilanz**

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen		0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	0	0	995
II. Liquide Mittel	221	208	2.684
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	737	724	4.195

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	642
II. Ausgleichsrücklage	70	92	116
II. Jahresüberschuss	0	-22	- 25
B. Rückstellungen	12	12	6
C. Verbindlichkeiten	13	0	3.456
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	737	724	4.195

Ergebnisrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	8.377	9.698	0
Sonstige Transfererträge	300	300	300
Sonstige ordentliche Erträge			0
Ordentliche Erträge	8.677	9.998	300
Transferaufwendungen	8.657	9.998	300
sonstige ordentlichen Aufwendungen	20	22	25
Ordentliche Aufwendungen	8.677	10.020	325
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	0	-22	- 25
Finanzerträge	0	0	0
Finanzergebnis	0		0
Ordentliches Ergebnis	0		- 25
Jahresergebnis	0	-22	- 25

Finanzrechnung

	2014 T€	2013 T€	2012 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	8.390	10.693	3.455
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	300
Sonstige Einzahlungen	0		0
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0		0,3
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.690	10.993	3.755,3
Transferauszahlungen	8.657	13.454	1.384
sonstige Auszahlungen	20	16	30,6
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	8.677	13.470	1.414,6
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	13	-2.477	2.340,7
Finanzüberschuss	13	-2.477	2.340,7
Anfangsbestand Finanzmittel	207,7	2.684,7	344
Liquide Mittel	220,7	207,7	2.684,7

6. Beschäftigte

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2012 bis 2014 kein eigenes Personal.

7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2014 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Der ZV VRS finanzierte sich im Haushaltsjahr 2014 aus den dem NVR zugeordneten und von dort teilweise weitergeleiteten Zuwendungsmitteln des Landes nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW. Eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage war nicht notwendig. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

Landrat-Lucas-Stiftung

1. Allgemeine Stiftungsdaten

Landrat-Lucas-Stiftung
Am Rübezahwald 7
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411
Telefax: 02202 / 13104004

2. Öffentlicher Zweck

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.

3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.
(Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.)

4. Organisationsstruktur

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

4.1 Kreistag

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, der Beschluss über den Haushaltsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und

Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2014 Herr Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Aufstellung des Entwurfs des Haushalts und des Jahresabschlusses und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied

Elvert, Heidi
Meißgeier, Manuela
Wilming, Stefan
Schmalt, Thorsten
Gewehr, Erika

stellvertretendes Mitglied

Elvert, Klaus
Seydholdt, Claudia
Lutz, Siegfried
Allendorf, Werner
Witte, Gerd

Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2014 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 966,70 €. Im Geschäftsjahr 2014 wurden 2 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 23.000,00 € ausgezahlt.

Bilanz

Aktiva	31.12.2014 T€	31.12.2013 T€	31.12.2012 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	623	719	765
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21	25	28
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	522	421	364
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	
Bilanzsumme	1.166	1.165	1.157

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.162	1.157	1.155
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	1	4	2
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	3	4	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.166	1.165	1.157

6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2014</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	423,00 €
Aggerverband	46.356,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V. 50 %	765,00 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (8.320 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Biologische Station Rhein-Berg e.V.	60,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	120,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.012,00 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.169,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	300,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	72,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.058,00 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	7.200,00 €

Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €
Landkreistag NW	94.500,00 €
Naturarena Bergisches Land e.V.	9.600,00 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	92.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper 50 %	500,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.831,00 €
Gesamt	285.657,72 €